

WOLFGANG HARICH

SCHRIFTEN ZUR KULTUR

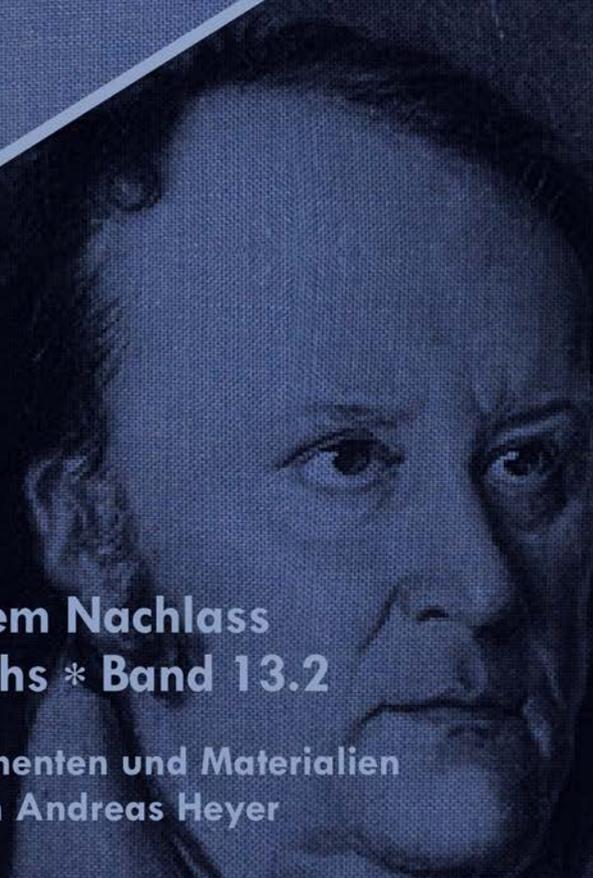
TEILBAND 2:

GROSSE KULTUR, KLEINE EPIGONEN

Tectum

Schriften aus dem Nachlass
Wolfgang Harichs * Band 13.2

Mit weiteren Dokumenten und Materialien
herausgegeben von Andreas Heyer



SCHRIFTEN AUS DEM NACHLASS
WOLFGANG HARICHS – Band 13.2

SCHRIFTEN AUS DEM NACHLASS WOLFGANG HARICHS – BAND 13.2
Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer

Wolfgang Harich

Schriften zur Kultur

Teilband 2: Große Kultur, kleine Epigonen

Tectum

Die Veröffentlichung des vorliegenden Bandes wurde gefördert durch die



Wolfgang Harich

Schriften zur Kultur.

Teilband 2: Große Kultur, kleine Epigonen

Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 13.2

Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer

© Tectum – Ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021

E-Book: 978-3-8288-7475-6

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4456-8 im Tectum verlag erschienen.)

Umschlagabbildung: Jean Paul (1810), Gemälde von Friedrich Meier

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet: www.tectum-verlag.de

Ergänzende Bildnachweise: 745 | Bundesarchiv Bild 183-19204-2132, Berlin, Bertolt Brecht und Hanns Eisler.jpg; 749 | Bundesarchiv Bild 183-61510-0008, Berlin, Studentenkongreß gegen Atomrüstung.jpg; 1349 | Bundesarchiv Bild 183-1989-1104-047, Berlin, Demonstration, Rede Heiner Müller.jpg; 1359 | Fotothek df pk 0000028 006 Szenenbilder.jpg; 1385 | Bundesarchiv Bild 183-T0927-019, Berliner Ensemble, Probe Mutter Courage.jpg; 1399 | Fotothek df Pk 89.jpg; 1409 | Bundesarchiv Bild 183-14286-0003, Berlin, Theater am Schiffbauerdamm, Nacht.jpg; 1474 | Bundesarchiv Bild 183-59131-007, Ehrenwache am Sarg von Johannes R. Becher.jpg; 1528 | Bundesarchiv Bild 183-35699-0002, Peter Hacks.jpg

Bibliographische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Angaben sind

im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zur Edition

Wolfgang Harich (1923–1995) zählt zu den wichtigen und streitbaren Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Befreundet mit Georg Lukács, Bertolt Brecht und Ernst Bloch wirkte er als Philosoph, Historiker, Literaturwissenschaftler und durch sein praktisches politisches Engagement. Letzteres führte nach seiner Verhaftung von 1956 wegen Bildung einer »konterrevolutionären Gruppe« zur Verurteilung zu einer zehnjährigen Haftstrafe. Die nachgelassenen Schriften Harichs erscheinen nun erstmals in einer elfbändigen Edition, die das reichhaltige Werk dieses undogmatischen Querdenkers in seiner ganzen Breite widerspiegelt: von seinen Beiträgen zur Hegel-Debatte in der DDR über seine Abrechnung mit der 68er-Bewegung im Westen bis zu seinen Überlegungen zu einer marxistischen Ökologie.

Die Edition würdigt Wolfgang Harich als Philosophen, Literaturhistoriker, Feuilletonisten, als praktischen Streiter für die deutsche Einheit und die ökologische Umorientierung. Sie wird im Herbst 2013 eröffnet mit drei Bänden zur klassischen Deutschen Philosophie des Idealismus sowie zum Verhältnis von Materialismus und Idealismus.

Zum Herausgeber

Andreas Heyer, Dr. phil., Jg. 1974, Politikwissenschaften und Jura. Von 2000 bis 2002 war er Stipendiat der Graduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt, im Anschluss dann Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2003 promovierte er u. a. bei Iring Fetscher mit einer Arbeit über *Diderots politische Philosophie*. 2005 erschien in zwei Bänden das Lehrbuch *Die französische Aufklärung um 1750*. Zwischen 2003 und 2007 war er Mitarbeiter des DFG-Projekts *Sozialutopien der Neuzeit*. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zur Geschichte der politischen Utopien der Neuzeit sowie zur Philosophie in der DDR. Im Zuge dieser Arbeiten entstand sein besonderes Verhältnis zu den Schriften Wolfgang Harichs, das sich in mehreren Veröffentlichungen niederschlug. Seit 2012 arbeitet er mit Unterstützung durch Anne Harich an der Herausgabe der nachgelassenen Schriften Wolfgang Harichs.

Editionsplan (Stand Juli 2021)

1. Frühe Schriften (in 3 Teilbänden, erschienen)
2. Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie (erschieden)
3. Widerspruch und Widerstreit – Studien zu Kant (erschieden)
4. Herder und das Ende der Aufklärung (erschieden)
5. An der ideologischen Front. Hegel zwischen Feuerbach und Marx (erschieden)
6. Vorlesungen zur Philosophiegeschichte (in 2 Teilbänden, erschienen)
7. Schriften zur Anarchie (erschieden)
8. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik (erschieden)
9. Georg Lukács – Dokumente einer Freundschaft (erschieden)
- 10: Nicolai Hartmann. Der erste Lehrer (erschieden)
- 11: Arnold Gehlen. Eine marxistische Anthropologie? (erschieden)
- 12: Friedrich Nietzsche. Der Wegbereiter des Faschismus (erschieden)
- 13: Schriften zur Kultur (in 2 Teilbänden)
- 14: Das grüne Jahrzehnt (erschieden)
- 15: Schriften zur Politik
- 16: Autobiographie

Andreas Heyer

Vorwort

Der erste Teilband der *Schriften zur Kultur* präsentiert Harich Monographie *Jean Pauls Revolutionsdichtung. Versuch einer neuen Deutung seiner heroischen Romane*. Der nun vorliegende zweite Teilband bietet einen Querschnitt durch sein kulturelles Schaffen in den Jahrzehnten nach seiner Haftentlassung. (Zudem in einem vorgeschalteten Teil Harichs Schriften und Manuskripte des Jahres 1953, als er gemeinsam mit Bertolt Brecht gegen die Staatliche Kunstkommission vorging.) Anne Harich erzählte mir vor einigen Jahren, dass ihr Mann in zwei seiner Publikationen immer wieder gern blätterte und las: Zum einen in *Jean Pauls Revolutionsdichtung* und zum zweiten in seinem *Dingo*-Aufsatz, der mit verschiedenen ergänzenden Materialien in diesem Band zum Abdruck kommt.

Es ist mir eine große Erleichterung gewesen, dass Anne Harich Ende letzten Jahres die Neuausgabe von *Jean Pauls Revolutionsdichtung* noch zugesandt werden konnte. Ihre Freude darüber war sehr groß, da sie sich die Aufnahme des Buches in die Edition immer gewünscht hatte. Obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits schwer erkrankt war, las sie das Werk noch einmal Seite zur Seite und suchte regelmäßig das Gespräch darüber mit mir. Ihr größtes Bedauern war, dass das so eminent wichtige Goethe-Kapitel von über 100 Seiten, welches sich ursprünglich in dem Manuskript befand, nach wie vor verschollen ist: Der Akademie-Verlag hatte es seinerzeit entfernt und offensichtlich vernichtet.

Vor über 20 Jahren begann mein Interesse an den Schriften Wolfgang Harichs – und zwar aus der Warte der Kenntnisnahme der ostdeutschen Erforschung der französischen Aufklärung und Revolution. In diesem Zusammenhang stieß ich auch auf Harich,

dessen Werk ich dann Schritt für Schritt näher kennen lernte. 2011 plante ich wieder einmal einen Urlaub in Holland, in Amsterdam, und schrieb in diesem Zusammenhang an Anne Harich, ob ich im IISG den Nachlass ihres Mannes einsehen dürfte. Die Antwort kam schnell: Es war ein frohes und euphorisches Ja. Der Brief, den ich erhielt, sowie das danach geführte lange Telefonat – beide passten so gar nicht zu dem Bild, das man mir von »der Witwe« gezeichnet hatte.

Nach meinem Besuch im Archiv trat ich an sie heran mit der Idee der Edition der *Nachgelassenen Schriften*. Diese ist nun fast abgeschlossen und in den zurückliegenden Jahren wurde aus der Zusammenarbeit eine Freundschaft, die auch meine Frau und Anne Harich einander näher brachte. Menschlich stimmte es zwischen uns – eine Erfahrung, die auch andere Freunde Anne Harichs mir bestätigten. Wenn wir in Berlin waren, dann wurde es ein freudig wahrgenommener Termin, während stundenlanger Gespräche über Literatur und Kultur, selbstverständlich auch über Harich, mit Kuchenbergen vollgestopft zu werden: Wenn ich nach dem gefühlt ersten verzehrten Kilo eine kleine Pause einlegen wollte – dann erscholl der Ruf: »Herr Heyer, Ihnen schmeckt es also nicht.«

In diese schönen Erinnerungen mischt sich auch Trauer und Wut darüber, dass ich mehrfach erleben musste, wie so genannte Philosophen und Wissenschaftler aus der DDR Anne Harich in Diskussionen und auf Veranstaltungen aggressiv attackierten, beschimpften, danach trachteten, sie zu demütigen. Ich habe ihr nie erzählt, wie hinter ihrem Rücken gehetzt und verleumdet wurde, meine Einsprüche verhallten zumeist. Mir blieb nur der Rückzug aus diesen Kreisen. Anne Harich hatte die Größe, all dies wegzustecken, ja, manchmal, wenn es etwas abzusagen oder zu verneinen galt, dann sagte sie zu mir: »Sagen Sie einfach, die böse Witwe, die Krankenschwester, habe dies so beschlossen.« Aber natürlich hinterlässt solches Gebaren Spuren, bestimmte Vorträge besuchte sie nicht mehr. Ich berichtete ihr dann später am Telefon. Noch heute schäme ich mich für die Behandlung, die sie in dieser sich selbst »akademisch« nennenden »Öffentlichkeit« erfuhr.

Im Februar 2021 ist Anne Harich in Berlin verstorben. Ihrem Engagement und ihrem Andenken ist stellvertretend für die ganze Edition dieser Band gewidmet. Ein Ersatz für die Lücke, die ihr Tod hinterlässt, ist er leider nicht.

Andreas Heyer, im April 2021

Inhalt

Vorwort (Andreas Heyer)	719
Konventionelle Strophen	725
Wolfgang Harich und die Kultur (Andreas Heyer)	729
Teil I: 1953	739
1) Es geht um den Realismus. Die bildenden Künstler und die Kunstkommission (14. Juli 1953)	741
2) Zur Kunstpolitik des neuen Kurses (Juli 1953)	750
3) Vorschläge zur Durchführung der Kulturpolitik des neuen Kurses (22. Juli 1953)	763
4) Vorschläge zur Verbesserung der Presse in der DDR (15. September 1953)	778
5) Über den Umgang mit Künstlern (Herbst 1953)	787
Teil II: Bautzen	795
1) Bemerkungen zur philosophischen Historiographie des Marxismus. Erste Skizzierung der Grundgedanken (1963)	797
2) Bemerkungen zur philosophischen Historiographie des Marxismus. Fortsetzung und Schluss (1963)	869
3) Zur neuen Ausgabe von Hermann Hettners Literaturgeschichte (1963)	875
Teil III: Im Schatten Bautzens	899
1) Brief an den Akademie-Verlag (23. Februar 1965)	901
2) Vorschläge zum Programm der Philosophischen Studien Texte des Akademie-Verlages (Februar 1965)	903
3) Anlage II zum Perspektivplan-Exposé für die Philosophischen Studientexte. Vorschlag für Bacon-Edition (Februar 1965)	934
4) Anlage V zum Perspektivplan-Exposé für die Philosophischen Studientexte. Bemerkungen und Vorschläge zur Haeckel-Edition (Februar 1965)	935

5)	Vorschläge für die Neuherausgabe von Büchern auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie, die der Akademie-Verlag auf weite Sicht außerhalb des Rahmens der Philosophischen Bücherei (Studentexte) herausbringen könnte (Februar 1965)	937
6)	Informationen über Besuch des Weimarer Herder-Museums (Februar 1965)	939
7)	Brief an den Akademie-Verlag (13. März 1965)	941
8)	Brief an die Oberste Staatsanwaltschaft der DDR (02. April 1965)	943
9)	Brief an den Akademie-Verlag (14. April 1965)	948
10)	Mitteilung über Arbeiten von mir, die in absehbarer Zeit publiziert werden könnten (14. April 1965)	949
11)	Brief an den Akademie-Verlag (04. Mai 1965)	956
12)	Brief an Klaus Gysi (26. August 1965)	957
13)	Brief an Klaus Gysi (30. September 1965)	959
14)	Brief an den Reclam-Verlag (04. November 1965)	964
15)	Brief an Lucie Pflug (03. Dezember 1965)	967
16)	Brief an Klaus Gysi (05. Januar 1966)	979
17)	Brief an den Reclam-Verlag (26. Mai 1966)	980
Teil IV: Jean Paul		985
1)	Satire und Ironie beim jungen Jean Paul (1967)	987
2)	Jean Pauls Kritik des philosophischen Egoismus (1968)	1032
3)	Klappentext des Jean Paul-Buches für den Rowohlt-Verlag (1974)	1123
4)	Mehr Respekt für Jean Paul (23. März 1988)	1126
5)	Verehrung für Jean Paul. Variante (1988)	1137
Teil V: Ahnenpass		1139
1.	Ahnenpass	1141
2.	Kommentar zu meinem Ahnenpass	1142
3.	Zur eigenen Entwicklung (1923–1972)	1184
Teil VI: Der Dingo und das Theater		1345
1)	Der entlaufene Dingo, das vergessene Floß. Aus Anlass der Macbeth-Bearbeitung von Heiner Müller (1972/1973)	1347

2)	Bemerkungen zum Philoktet – Für Gisela May (14. August 1965)	1384
3)	Brief an Guy de Chambure (14. Oktober 1965)	1393
4)	Brief an Heiner Müller (19. Februar 1988)	1396
5)	Überlegungen und Vorschläge zur Weiterführung des Berliner Ensembles nach dem Tod Helene Weigels (1971)	1398
6)	Brief an Wilhelm Girnus (03. Dezember 1973)	1412

Teil VII: Aufsätze und Studien **1419**

1)	Wie viele deutsche Literaturen gibt es? (1973)	1421
2)	Ironisch böse und human verzeihend (1975/1986)	1429
3)	Marx mit Mixed Pickles (1975)	1436
4)	Besprechung von Jean Améry: <i>Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod</i> (1976)	1441
5)	Das Vermächtnis Babeufs (70er Jahre)	1443
6)	Das menschliche Maß der Kunst (1987/1988)	1453
7)	Bücher, mit denen ich lebe (Ende der 80er Jahre)	1471
8)	Zur Tragik Johannes R. Bechers. Aus Anlass seines 100. Geburtstages (19. Mai 1991)	1473

Teil VIII: Briefe, Gespräche, Vermischtes **1479**

1)	Brief an Gerhard Szczesny (12. Januar 1967)	1481
2)	Brief an Erich Kästner (16. Juni 1967)	1482
3)	Brief an den Akademie-Verlag (19. November 1969)	1487
4)	Brief an die Deutsche Zeitschrift für Philosophie (30. Dezember 1969)	1492
5)	Brief an die Deutsche Zeitschrift für Philosophie (03. Februar 1970)	1496
6)	Brief an Werner Mußler (29. November 1973)	1497
7)	Brief an den Akademie-Verlag (12. Mai 1974)	1498
8)	Brief an Heinrich Scheel (13. November 1976)	1500
9)	Gespräch über Wolf Biermann (Ende 1976)	1510
10)	Gespräch zum Nachruf auf Ernst Bloch (Ende 1977)	1515
11)	Brief an Marcel Reich-Ranicki (04. Oktober 1985)	1520
12)	Brief an die AdW der DDR (13. Juni 1986)	1522
13)	Brief an Norbert Schneider (17. Juli 1986)	1524

14) Brief an Stefan Dornuf (27. Oktober 1986)	1526
15) Brief an Peter Hacks (19. August 1987)	1527
16) Brief an Elisabeth Haase (16. September 1987)	1528
17) Brief an Hans Joachim Hoffmann (17. September 1987)	1529
18) Brief an Elisabeth Haase (5. Oktober 1987)	1531
19) Brief an Inge Jens (13. Oktober 1987)	1532
20) Brief an Gerhard Scheit (10. Februar 1988)	1535
21) Brief an Gerhard Scheit (11. Februar 1988)	1537
22) Brief an Elisabeth Haase (28. Februar 1988)	1538
23) Das philosophische und literarische Erbe. Gespräch (20./23. April 1988)	1540
24) Brief an Gerhard Scheit (23. August 1988)	1553
25) Brief an Ulrich Schwarz (11. Februar 1989)	1555
26) Brief an die PDS (22. Mai 1991)	1556
27) Brief an Robert Steigerwald (26. Mai 1991)	1556
Anhang	1561
Abkürzungsverzeichnis (Band 13.2)	1561
Personenregister Band 13.1 und 13.2	1564

Wolfgang Harich

Konventionelle Strophen¹

Als das zwanzigste Jahrhundert
Seinem Tod entgegenkroch,
Piffen seine letzten Dichter
Auf dem allerletzten Loch.

Rhythmen, fanden sie, und Reime
Seien doch konventionell,
Nur das Ungereimte biete
Reize, neu und originell.

Was sich in Trochäen wiege,
Passe nicht zum Geist der Zeit,
Jamben gar und Anapäste,
Die erregten Heiterkeit.

Seit man sich zum Mondflug rüste,
Sei des Mondes Silberstrahl
Klar durchschaut und glatt erledigt,
Jetzt und ein- für allemal.

¹ (AH) Konventionelle Strophen, 2 Blatt, die 7. Strophe (»Brecht ist« usw.) nachträglich handschriftlich eingefügt.

Rilke sei nur Wortgeklingel,
Mörike ein Gartenzwerg,
Nur historisch zu verstehen
Goethes abgestandnes Werk.

Dass selbst Becher schrieb Sonette
Scheine hoffnungslos senil,
Und dass Weinerts Verse zünden,
Das besage nicht mehr viel.

Brecht ist meistens abgewichen
Von dem Neuen, das er fand,
Also bliebe, was er reimte,
Künftig besser unbekannt.

Wer modern, der stolpert Sätze,
Ohne Metrum, ohne Takt,
Und sie werden, ganz nach Laune,
Vom Korrektor abgehakt.

Lyrik heißt man's, wenn die Zeilen
Optisch etwas unegal
Auf geduldigem Papier stehn,
Lange, kurze, reich an Zahl.

Warn Gedichte früher sinnlos,
Nur damit es sich gut reimt,
Sind sie's heute auch in Prosa,
Die man zwanglos ausgeschleimt.

Längst passé sind die Gefühle,
Herzensweh und Liebesglühn,
Und man sieht nicht mehr die Wolken
Durch den blauen Äther ziehn,

Und man hört nicht mehr der Lerchen
Wonne-trunkenen Gesang,
Man ist nicht mehr vor Trauer
Und aus Liebeskummer krank.

Rosen gar und Nachtigallen
Liegen schief, sind überlebt,
Weil man doch mit solchen Dingen
Kaum den Lebensstandard hebt.

Ach, wie bin ich aus der Mode,
Da ich Liebchen, engelshold,
Noch umschmachte und besinge
Und im Abendsonnengold

Nicht an Kernfusion denke,
Sondern ganz im alten Stil
Süßer Schwermut mich ergebe,
Die durchs Herz mir ziehen will,

Da im Lexikon der Reime
Immer noch ich blättern muss
Und der Verse Füße zähle,
Lilienjungfrau zum Genuss.

Andreas Heyer

Wolfgang Harich und die Kultur

I. Ohne Kultur ist das Denken von Wolfgang Harich nicht vorstellbar, sein Œuvre wäre amputiert, wichtige, zentrale Teile würden fehlen. Ja, ein ganzes Stück weit lässt sich sogar behaupten, dass der weite Bereich der Kultur das Fundament ist, von dem aus sich die anderen Teile seines Werks erst erheben, ihren festen Stand und sicheren Ankergrund haben. Dies reicht, im Biographischen, von seiner Herkunft aus kulturbürgerlichem Elternhaus mit entsprechender Tradition bis hin zu der für ihn maßgeblichen Art und Weise, Philosophie und Kultur zu denken, Philosophie- und Literaturgeschichte zu betreiben.

In den vorliegenden Bänden der Edition sind viele Texte, Manuskripte, Studien und Briefe Harichs zum Abdruck gekommen, die sich mit den Fragen und Herausforderungen der Kultur beschäftigen. Dazu zählt selbstverständlich auch das ganze intellektuelle Engagement der achtziger Jahre, vom Kampf gegen Nietzsche bis hin zum unermüdlichen Einsatz für Georg Lukács, Nicolai Hartmann und Jean Paul.

Der vorliegende Band dient daher vor allem dem Zweck, Harichs Äußerungen zu Kultur und Literatur aus den Jahren gebündelt zu präsentieren, die seiner Haftzeit folgten. Wobei freilich ein Rückgriff in die fünfziger Jahre unumgänglich ist: Gedruckt werden ebenfalls seine Texte und Manuskripte aus dem Umfeld des von ihm gemeinsam mit Bertolt Brecht unternommenen Versuches, die Staatliche Kunstkommission zu stürzen und den Marxismus auf eine breitere Basis zu stellen. (Der ebenfalls edierte *Ahnenpass* bietet weitere Informationen.)

II. Viel Wichtiges und, hoffentlich, auch Richtiges zu Harichs kulturellen, literarischen, philosophischen, journalistischen, theaterkritischen und literaturhistorischen Ambitionen und Schriften wurde in der Nachlass-Edition bereits ausgeführt. Für die Jahre bis zu seiner Verhaftung, 1956/1957, sind dabei verschiedene Themengebiete angesprochen und durch entsprechende Texte abgebildet worden. An dieser Stelle kann es, in exemplarischer Auswahl, genügen, einige der wichtigsten Anliegen, Arbeitsfelder Harichs kurz zu nennen (wobei natürlich immer zu berücksichtigen ist, dass Kultur, Literatur usw. bei ihm auch in der Philosophiegeschichte sowie in anderen Gebieten enorm wichtig waren):

- Die deutschsprachige Literatur der zweiten Hälfte des 18. und des 19. Jahrhunderts war für Harichs Zugriff auf die Geschichte zentral: Über Herder promovierte er und äußerte sich in vielen anderen Kontexten; von den Schriften Heinrich Heines veranstaltete er eine sechsbändige Edition; Goethe, Schiller, der Sturm und Drang, die Weimarer Klassik waren feste Bezugspunkte in seinem Denken. In der *Hegel-Denkschrift* heißt es grundlegend: »Dabei dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass z. B. ein Germanist, der Schiller verstehen will, auch etwas von Kant und von Schillers ästhetischen und philosophischen Schriften wissen muss. Es dürfte auch kein Zweifel darüber bestehen, dass wenn man über eine marxistische Interpretation dieser Themen verfügt – man sie auch ausnutzen muss.«¹
- Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete Harich für mehrere Jahre als Journalist und schrieb zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenartikel für den *Kurier*, die *Tägliche Rundschau*, die *Weltbühne* und andere Periodika.
- Im Oktober 1947 fand der Erste Deutsche Schriftstellerkongress statt, Harich redete auf dieser Veranstaltung und den ersten zwei Nachfolgetagungen. Auch in vielen anderen Kontexten, in Denkschriften, Briefen, Eingaben, Aufsätzen und Artikeln äußerte er sich zur Kultur, zu deren Verhältnis zu Politik und Philosophie, zu ihrer sozialistischen Ausgestaltung, den Potenzialen von Gegenwart und Zukunft.
- Im Aufbau-Verlag war er für viele Klassikerausgaben verantwortlich, brachte zahlreiche Editionen auf den Weg (siehe oben) und machte sich in diesem Sinne um die Aneignung der humanistischen Tradition durch den Sozialismus mehr als verdient.

Die Kultur war, das verdeutlicht die zugegebenermaßen unvollständige Aufzählung noch einmal, für den jungen Harich das wichtigste Arbeitsgebiet. Auch wenn sein Anspruch immer war, als Philosoph und Philosophiehistoriker zu wirken und wahrge-

¹ Band 5, S. 129.

nommen zu werden, für die Zeit bis 1956 stehen ganz klar seine kulturellen Leistungen und Studien im Vordergrund. Sie begründeten letzten Endes auch seinen damaligen Ruf sowie Stellenwert in der Berliner Nachkriegsgesellschaft und den ersten Jahren der DDR.

III. Im letzten Jahr seiner Haftzeit durfte sich Harich auf Anweisung der Staatssicherheit wieder mit einem wissenschaftlichen Thema beschäftigen, wobei ihm klar und deutlich gesagt wurde, dass es sich um literaturwissenschaftliche Arbeiten handeln müsse. Er entschied sich für einen Forschungsgegenstand, den bereits sein Vater verarbeitet hatte: Das Werk von Jean Paul. Neben seiner Tätigkeit für den Akademie-Verlag entstanden in den Jahren nach seiner Entlassung verschiedene seiner Studien über Jean Paul, die teilweise sogar in der DDR gedruckt wurden, allerdings immer so, dass sie nicht das »öffentliche Bewusstsein« erreichten. Die Kultur war wieder zurück in Harichs Leben, durch sein Zusammenleben mit Gisela May knüpfte er auch wieder vielfältige Kontakte zum Berliner Theaterleben, zudem wurden verschiedene ältere Bekanntschaften und Freundschaften reaktiviert.

Aber bei der reinen Literaturwissenschaft hielt es Harich nicht: Er begann, sich heimlich mit jenen philosophischen und philosophiehistorischen Fragestellungen zu beschäftigen, die ihn bereits vor seiner Verhaftung in ihren Bann gezogen hatten (Kant, Hegel, Geschichte des Marxismus, Logik und Erkenntnistheorie, Anthropologie usw.). Zudem reagierte er in verschiedenen Manuskripten, Briefen an fiktive Personen und ähnlichem beispielsweise auf die 68er-Bewegung.² Nach und nach absorbierte das Politische seine kultur- und literaturwissenschaftlichen Ambitionen und Energien. Die Hinwendung zur Ökologie,³ deren Herausforderungen er als zentral für seine Gegenwart und die nahe Zukunft empfand, führte schließlich dazu, dass er sich fast vollständig von der Literaturwissenschaft abwandte. Um wenigstens ein Beispiel zu bringen. Am 04. Juli 1979 schrieb er an einen Herr Harder, der ihn nach Paris eingeladen hatte: »Ich danke ihnen für ihre vom 28. Juni 1979 datierte Einladung, im Winter 1979/1980 zu einem Vortrag oder einem zweiwöchigen Seminar zu ihnen nach Paris zu kommen. Folgen werde ich ihre Einleitung nicht, da ich grundsätzlich jedwede Beschäftigung mit Literaturwissenschaft aufgegeben habe und meine Zeit und Arbeitskraft nur noch der politischen ökologistischen Bewegung widme. Ihren Germanistikstudenten bitte ich auszurichten, sie mögen ihre ganze nutzlose Tätigkeit einstellen und sich der Frage

² Siehe Band 7.

³ Siehe Band 8 und 14.

zuwenden, wie die katastrophenschwangeren Weltkrisen, die auf uns zukommen, ja, in denen wir schon mitten darin stecken, noch aufzuhalten sind. Mit freundlichem Gruß.«⁴

Doch völlig vorbei war es mit dem weiten und vielfältigen Gebiet der Literatur nun auch wieder nicht. Natürlich war Harich als Privatperson immer noch ein begeisterter Leser, viele Gespräche und Briefe führten zu einer permanenten Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Kultur war nach wie vor das Fundament seines Denkens. Und Teile seiner Überlegungen flackerten immer dann auf, wenn er sich in den achtziger Jahren mit der Philosophie beschäftigte, die natürlich auch von der Kultur bestimmt ist und auf diese zurückwirkt. Die jahrelangen Studien zu Nicolai Hartmann, unterbrochen durch die Kritik an Nietzsche und die Renaissance von dessen Schriften in der DDR sowie im Westen, unterbrochen durch sein permanentes Eintreten für seinen alten Freund Georg Lukács, brachten ihm nicht nur Jean Paul ins Bewusstsein und ins tägliche Leben zurück, sondern viele Künstler und Schriftsteller, die das 19. und 20. Jahrhundert geprägt hatten – von Thomas Mann bis Johannes R. Becher, von Heine bis zum alten Fontane.

IV. Die kleine Einleitung hier abschließend, sind die Texte der einzelnen Teile des vorliegenden Werkes zumindest kurz anzusprechen. Dabei startet der Band mit dem einzigen überlieferten Gedicht aus Harichs Feder, betitelt: *Konventionelle Strophen*. Von dem Text gibt es verschiedene Kopien, die seinen Freunden und Bekannten zur Verfügung standen. Datiert ist es auf den 1. Juli 1964, dies muss aber ein Fehler sein, eine Entstehung in den ersten Monaten oder Jahren nach der Haft ist als wahrscheinlicher anzunehmen.

Der I. Teil bildet dann das Engagement Harichs von 1953 ab, als er gemeinsam mit Bertolt Brecht den Versuch unternahm, die Staatliche Kunstkommission zu stürzen. Neben seinen beiden bekannten Zeitungsartikeln aus diesen Monaten fanden sich im Nachlass weitere Manuskripte, die das bekannte Bild seines Agierens in jener Zeit von weiteren Seiten beleuchten helfen. Eigentlich sollten die Texte dieses Teils in einem anderen Band der *Nachgelassenen Schriften* abgedruckt werden, da es hier ja eigentlich um Harichs Kulturverständnis geht, wie es sich nach seiner Entlassung aus der Zuchthaushaft herausbildete und manifestierte. Auf Grund verschiedener Vorgaben des Verlages wurde die Sammlung nun aber noch ergänzend in den vorliegenden Band

⁴ Band 14, S. 393.

aufgenommen und bildet sozusagen einen Auftakt für das eigentlich zur Debatte Stehende. (Im ebenfalls edierten *Ahnenpass* finden sich weitere Hinweise Harichs – auch zu anderen thematischen Gebieten dieses Bandes der Edition.)

Aus Harichs Notizen, die er sich während seiner Zuchthaushaft ab 1963 anfertigen durfte, wurden bereits in anderen Kontexten Auszüge wiedergegeben. In Band 3 die Notizen zu dem Manuskript *Widerspruch und Widerstreit*, die Überlegungen zur *Raum-Zeit-Auffassung des Materialismus* und die ausführlichen *Randbemerkungen zum Lehrbuch Grundlagen der marxistischen Philosophie*.⁵ In Band 2 außerdem Harichs Anmerkungen zu *Plechanow über Logik und Dialektik* sowie das kurze Manuskript *Nicolai Hartmann*.⁶ In Band 11 die *Kritischen Bemerkungen zu Paulows Zweitem Signalsystem*.⁷ In Band 10 schließlich die Auseinandersetzung mit Erhard Albrecht in *War Nicolai Hartmann ein Idealist*.⁸ Den beiden zuerst genannten Textkonvoluten ist jeweils eine Einleitung des Herausgebers vorangesetzt, denen alle wesentlichen Informationen entnommen werden können. Präsentiert werden im II. Teil Harichs von 1963 stammende *Bemerkungen zur philosophischen Historiographie des Marxismus* (die ohne jede entsprechende Literatur reine Gedächtnisleistungen sind) sowie seine exzerpierende Auseinandersetzung mit der Neuausgabe von Hermann Hettners *Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts* (Deutschland).

Im Schatten Bautzens ist der III. Teil überschrieben, abgedruckt werden verschiedene Briefe Harichs sowie erste Arbeiten und Pläne für den Akademie-Verlag, dem er nach der Haftzeit als Mitarbeiter auf Honorarbasis zugeteilt worden war. Zu spüren ist in den Texten der sich auf verschiedenen Ebenen abspielende Versuch Harichs, zum wissenschaftlichen und denkerischen Arbeiten zurückzukehren, wieder Teil der »gebildeten Gesellschaft« zu werden. So wurden in verschiedenen anderen Bänden der *Nachgelassenen Schriften* bereits Manuskripte von ihm ediert, in denen er in den Monaten nach seiner Haftentlassung sich wieder mit Themen aus den fünfziger Jahren beschäftigte und so gleichsam zu seinem eigenen intellektuellen Fundament zurückfand. Dies gilt beispielsweise für das Gebiet der Philosophiegeschichte.⁹ Ähnliches lässt sich auch für den Bereich der Kultur feststellen.

⁵ Band 3, S. 445–536.

⁶ Band 2, S. 697–783.

⁷ Band 11, S. 506–513.

⁸ Band 10, S. 816–866.

⁹ Siehe exemplarisch die entsprechenden Texte zu Hegel in Band 5.

Der Band 13.1 druckte Harichs Monographie *Jean Pauls Revolutionsdichtung* ab, das zweite und letzte Buch aus seiner Feder/Schreibmaschine, das nach der Haftzeit in der DDR von ihm erschien (wie verschiedene Briefe des vorliegenden Bandes zeigen unter mehrfachem Vertragsbruch und nur in einer Auflage von 2000 Exemplaren). Der IV. Teil präsentiert dann weitere Manuskripte zu diesem Themenbereich, so die beiden Essays *Satire und Ironie beim jungen Jean Paul* und *Jean Pauls Kritik des philosophischen Egoismus* (mit dem Anhang Harichs erstes Buch der Nach-Haftzeit in der DDR). Im Zuge der Publikation der gerade angesprochenen Texte und erneut dann in den späten achtziger Jahren mutmaßte Harich, dass Jean Paul deswegen aus der Erbpflege der DDR ausgeschlossen bleibe, weil ausgerechnet er sich mit diesem beschäftigte. Eine gewisse Stimmigkeit kann dieser Überlegung sicherlich nicht abgesprochen werden. Von daher überrascht es nicht, dass Harich 1988, mitten in der Nietzsche-Debatte, nicht nur mehrfach für Georg Lukács eintrat, sondern auch den Text *Mehr Respekt für Jean Paul* verfasste, der nicht zufällig an den fast gleich lautenden Titel *Mehr Respekt vor Lukács!*,¹⁰ verfasste zwei Jahre zuvor, erinnern sollte.

Der V. Teil präsentiert den *Abnenpass* Harichs. Das Manuskript entstand Anfang der siebziger Jahre, auf der Basis verschiedener Gespräche mit Marlies Menge. Weitere beteiligte Personen waren u. a. Wiebke Bruhns, mit der Harich ja ebenfalls befreundet war. 1999 war der Text bereits schon einmal erschienen, allerdings in einer Ausgabe, die vor Rechtschreibung und Grammatikfehlern nur so wimmelt (selbst bekannte Namen wie Rowohlt oder Lukács sind fast permanent falsch geschrieben, dies aber auch wieder nicht konsequent). Was angesichts der Tatsache, dass der damalige Herausgeber Thomas Grimm gleich vier Personen für die »oftmals komplizierte Bearbeitung der vorliegenden Materialien« sowie »für das ausgesprochen aufwändige textkritische und textvergleichende Lektorat« dankte, überrascht.¹¹ Mit Thomas Grimm konnte leider keine Einigung erzielt werden bezüglich des Abdrucks der so genannten Gesprächsprotokolle, d. h. seiner Interviews mit Harich.¹² Dieses Verhalten ist umso bedauerlicher, wenn die Entstehungsgeschichte des damaligen Bandes berücksichtigt wird. Auch der *Abnenpass* muss hier bereits abgedruckt werden, um den Vorgaben des Tectum-Verlages folgen zu können. Im 16. Band kommt dann ein weiteres, bis heute unbekanntes autobiographisches Manuskript Harichs zur Präsentation.

¹⁰ Band 9, S. 433–461.

¹¹ Letzte Seite (384) des Buches (Berlin, 1999) in der Danksagung.

¹² Im Band Berlin, 1999, S. 261–379.

1973 erschien in *Sinn und Form* Harichs Aufsatz *Der entlaufene Dingo, das vergessene Floß. Aus Anlass der Macbeth-Bearbeitung von Heiner Müller*. Diese Wortmeldung erregte damals einige Aufmerksamkeit in Ost und West und führte zu verschiedenen Angriffen auf Harich, so dass dieser, was er ja äußerst selten machte, einer überarbeiteten Auflage seines Textes im Westen zustimmte. Dieser Beitrag bildet den Auftakt des VI. Teils. Verschiedene weitere Dokumente und Briefe komplettieren dann den Blick Harichs auf das Werk und das Schaffen Heiner Müllers. Bedeutsam ist dabei sicherlich der für Gisela May verfasste Text *Bemerkungen zum Philoktet*, der deutlich aufzeigt, dass Harich auch die positiven Seiten des Wirkens von Müller zu betonen bereit war.

Der VII. Teil bringt dann verschiedene, teils bereits gedruckte, teils im Manuskript überlieferte, jeweils in sich abgeschlossene Aufsätze und Studien Harichs: Die Bandbreite reicht von allgemeinen Überlegungen zur deutschen Literatur, über die Auseinandersetzung mit Thomas Mann bis hin zur Betrachtung moderner Literatur am Beispiel Johannes R. Bechers oder Umberto Ecos.

Im VIII. Teil wird dieser Querschnitt durch die siebziger, achtziger und neunziger Jahre dann aus einer weiteren Perspektive ergänzt: Aus der des Briefwechsels, d. h. der privaten Äußerung, sowie durch verschiedene Gespräche und Interviews.

Die Auswahl der einzelnen Beiträge erfolgte unter der übergeordneten Fragestellung, die verschiedenen Verästelungen der Kulturkonzeption Harichs sichtbar werden zu lassen. Und zwar jene Thesen, mit denen er an die Öffentlichkeit trat (bzw. treten durfte), ebenso wie die privaten Äußerungen, die sich als Manuskript in der Schreibtischschublade erhielten oder im privaten Bereich, im Briefwechsel, getätigt wurden.

V. Viele Aspekte und Facetten des Handelns und Schreibens von Harich waren der so genannten Erbpolitik des Sozialismus bzw. Marxismus verpflichtet. Dabei ging es ihm, das inkludiert der Begriff des Erbes, um die ja zuvorderst selektierende Frage, welche Teile der Kultur, der Kunst und Literatur, der Philosophie und Ideengeschichte der Vergangenheit wie und unter welchen Bedingungen in den entstehenden Sozialismus integrierbar seien. Sein Koordinatensystem war dabei klar und deutlich: Es reichte von dem Ja zu Jean Paul bis zu dem Nein zu Nietzsche. Dazwischen war Verhandlungsspielraum – und auch wenn Harich in seiner privaten Einstellung manches ablehnte (beispielsweise die Romantik), so war er dennoch bereit und in der Lage, entsprechen-

de Projekte der DDR anzuerkennen. Aber als Teil von ergebnisoffenen Diskussionen, in denen eben auch Kritik geäußert werden dürfe, müsse. Mit Harich formuliert: Wenn man die Romantiker ediere, dann komme man auch an der *Romantische Schule* von Rudolf Haym nicht vorbei, wenn man ein Luther-Jubiläum begehe, dann müsse eben auch die Religionskritik von Feuerbach bis Marx als Bestandsstück der Festlichkeiten anerkannt werden.

In diesem Kontext sind auch die zahlreichen editorischen Vorschläge und Editionspläne zu verankern, die Harich sein Leben lang machte: Beginnend mit seinen Überlegungen zur Neugestaltung der *Weltbühne*, zur Überarbeitung der Presse der DDR, zum Kultur- und Theaterleben Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zur Aneignung des literarischen und philosophischen Erbes. Um dieses machte er sich verdient in den Jahren seines Wirkens im Aufbau-Verlag, in den Jahrzehnten nach seiner Haftentlassung blieb er bis zu seinem Tod diesen frühen Überlegungen verpflichtet: Im vorliegenden Band werden seine Entwürfe aus der zweiten Hälfte der sechziger Jahre für den Akademie-Verlag präsentiert, bis hinein in die achtziger Jahre legte er immer wieder überarbeitete und ergänzte ähnliche oder thematisch spezifizierte (zum Beispiel zum sozialutopischen Erbe)¹³ Projekte vor. Und als sich die Grünen in der DDR formierten, präsentierte er sofort eine Bücherliste, deren Objekte der sich wandelnden DDR der Bevölkerung verfügbar gemacht werden müssten.¹⁴

Das Bild des hier gezeichneten, nach (fast) allen Seiten hin offenen Harich, steht diametral den Beschimpfungen und Verleumdungen gegenüber, denen er immer wieder, vor allem aber in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Zuge der Nietzsche-Debatte von seinen Kritikern ausgesetzt war. Evidenz hat es dennoch, seine Inhalte und seine Konturen sind nun, verstreut über die *Nachgelassenen Schriften* in ihren komplizierten Verästelungen studierbar.

VI. Mit diesen Ausführungen mag es hier sein Bewenden haben. Hinzuweisen ist abschließend noch darauf, wenn der Versuch einer allgemeinen Charakterisierung von Harichs Kunst-, Philosophie- und Literaturkonzeption zumindest kurz angesprochen werden soll, dass dieser ein anti-modernistisches Kulturverständnis besaß. Nun klingt dieser Begriff durchaus negativ, er kann durch sein positives, dasselbe meinende Gegenbild ersetzt werden: Durch den Verweis auf die von Harich immer hoch geschätzten

¹³ Band 6.2, S. 1168–1179.

¹⁴ Band 14, S. 822 f.

kulturellen und philosophischen Leistungen der humanistischen Vergangenheit. Mit anderen Worten: Seine überaus positive Beschreibung der Universalgelehrten der Antike, des Mittelalters und der bürgerlichen Gesellschaft, sein Bekenntnis zum Humanismus, die Bejahung der klassischen Kulturleistungen des Bürgertums, seine Liebe zu den großen realistischen Erzählern und ihren Romanen, die Liebe für das Theater.

Es überrascht angesichts der Texte dieses Bandes und auch dann, wenn der ganze Harich in den Blick genommen wird, nicht, dass seine Kulturkonzeption im Einklang mit der von Georg Lukács sich ebenso findet wie die weiteren Anreger und Autoritäten auf diesem Gebiet Hans Sedlmayr, Arnold Gehlen und Nicolai Hartmann waren. Mit diesen teilte er die Ablehnung der inhaltsleeren, a-politischen, nur zerstörenden, nicht bauenden oder schaffenden, der jede übergeordnete Moral und Ethik zerstörenden modernen Kunst. Jener Werke, die zu ihrem Verständnis erklärt werden müssen. Das Kunstwerk ist Zeittendenz und muss – trotz aller ideologischen Differenzen, die sich bei Denkern wie Sedlmayr, Gehlen oder Lukács und Harich auf allen Gebieten feststellen lassen, waren sie sich darin einig – dem herangetragenem und auch dem inhärenten Anspruch nach Zukunft gestalten können. Mit Fontane, Thomas und Heinrich Mann, auch mit den von Harich genannten d'Eaubonne, Grass, Welk, de Bruyn und anderen sei dies beispielsweise auf dem Gebiet der Literatur noch möglich. So findet sich im vorliegenden Band Harichs tastendes und suchendes Manuskript über das Schaffen Umberto Ecos, das auch die eindeutige Botschaft transportiert, dass er eben die Moderne nicht vollständig ablehnte (weshalb der Eingangs gebrauchte Begriff des Anti-Modernismus dann doch falsch, d. h. zu schief, verzerrend ist), sondern die Kunst ohne großes Ziel, ohne übergeordnete Moral, ohne den versuchten Zugriff auf den Humanismus, ohne Traditionsbewusstsein.

Genau das sollen Kunst und Kultur Harich zu Folge leisten, dieser letzte Satz mag die kurze Einführung schließen: Die Verpflichtung des Menschen und der Gesellschaft auf höhere moralische Ziele, auf die Erringung der Zukunft und damit auf eine bessere, edlere, humanistischere Selbstsicht eines jeden.

Teil I

1953

Es geht um den Realismus. Die bildenden Künstler und die Kunstkommission
(14. Juli 1953)

(AH) Der Artikel erschien am 14. Juli 1953 auf der 3. Seite der *Berliner Zeitung*. Er ist einer der seltenen Versuche der SED-kritischen Intellektuellen, den Arbeiteraufstand in Reformen zu transferieren. Bertolt Brecht wirkte an Harichs Vorhaben mit bzw. hatte den Beitrag ange-regt. Harichs Artikel wurde mehrfach nachgedruckt, allerdings meistens in Auszügen. Im Zuge der Abfassung des Zeitungsartikels sowie in den Wochen und Monaten danach verfasste Harich weitere Manuskripte zu diesem Themenfeld, die in diesem Teil ebenfalls präsentiert werden. Zuvor kommt jedoch als nächster Text Harichs gegen Walter Besenbruch gerichteter *ND*-Artikel zum Abdruck.

Im Rahmen des neuen Kurses müssen auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik Maß-nahmen getroffen werden, die geeignet sind, eine freiheitliche Atmosphäre herzustellen und ernste Missstände zu beseitigen. Nur so kann ein allseitiger Aufschwung des Kulturlebens in der DDR gesichert werden; nur so kann es gelingen, die vielfältigen, auch geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und breite Schichten unse-rer Nation von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen.

Mehr konkrete Selbstkritik! Mehr Charakter!

Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt davon ab, dass die Menschen, die sie durchführen werden, es ehrlich meinen und aus ihren Erfahrungen zu lernen gewillt sind. Zu den Kriterien ihrer Ehrlichkeit gehören der Mut zur Kritik und die Bereitschaft zur Selbst-kritik – Eigenschaften, die sich, als moralische, nicht von selbst verstehen, sondern errungen werden müssen. Weil das so ist, kann man nicht deutlich genug alle diejeni-gen an ihre Verantwortung erinnern, die heute das Eingeständnis: »Es wurden Fehler gemacht!« möglichst abstrakt zu halten wünschen und es am liebsten nur auf kollekti-ve Verantwortlichkeit beziehen (auf »die Partei« und »die Regierung« im Allgemeinen), statt ganz bestimmte Fehler, an denen sie selbst beteiligt sind, rückhaltlos aufzudecken. Verhielte man sich diesen Menschen gegenüber nachgiebig, so könnte ihr bequemes, selbstgerechtes Verhalten die Gefahr heraufbeschwören, dass der neue Kurs von vorn-herin mit verharmlosten und vertuschten Fehlern aus der Vergangenheit wie ein Bleiklotz belastet wird.

Als die führenden Funktionäre der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Staatssekretär Helmut Holtzhauer und Hauptabteilungsleiter Ernst Hoffmann, vor

Kurzem mit dem Plenum der Akademie der Künste zusammentrafen, um über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft abzulegen und die Perspektiven des neuen Kurses aufzuzeigen, gaben sie ein klassisches Beispiel für völligen Mangel an Selbstkritik. In abstracto gestanden sie zu, ebenfalls Fehler begangen zu haben, aber jeden einzelnen konkreten Fall, in dem sie Künstler beleidigt und Kunstwerke unterdrückt hatten, stritten sie ab und beschönigten ihn oder fanden gar, dass sie gerade hierbei richtig gehandelt hätten.

»Trotz eifrigsten Nachdenkens konnten sie sich nicht bestimmter Fehler erinnern, jedoch bestanden sie heftig darauf, Fehler gemacht zu haben«, schreibt Bertolt Brecht. – Es wäre den Funktionären der Kunstkommission und auch den journalistischen Kunstpäpsten, die an ihren Sünden beteiligt sind, zu wünschen, dass sie endlich die Lehre beherzigen, die ihnen da von unserem größten lebenden Dramatiker erteilt wird, und sich nunmehr bereit fänden, öffentlich Rede und Antwort zu stehen.

Kunstpoltik – gegen die Mehrheit der Künstler

Man darf jetzt nichts verkleistern, am wenigsten den Unterschied zwischen dem alten Kurs als solchem und all den Überspitzungen und Dummheiten, die auch unter seiner Voraussetzung Fehler waren und auch ohne jeden Kurswechsel längst hätten aufgedeckt und bekämpft werden müssen. Zum Wesen des alten Kurses gehörte es, jegliche Tätigkeit auf kulturellem Gebiet von Seiten des Staates unmittelbar zu lenken und anzuleiten. Es gehörte niemals dazu, dies vorwiegend mit administrativen Methoden zu tun und vor der Aufgabe der Überzeugung der Intellektuellen zu versagen. Hochmut, Ignoranz, Sektierertum, Mangel an Feingefühl, Bürokratismus waren immer falsch und werden es immer bleiben.

Es rede sich also keiner auf die allgemeine Linie von gestern heraus! Es gibt kulturpolitische Institutionen und Organisationen der Republik, die im Sinne eben dieser Linie gearbeitet und es nichtsdestoweniger verstanden haben, die Mehrheit der von ihnen angeleiteten Kulturschaffenden von Maßnahmen zu überzeugen, die unter bestimmten Bedingungen einfach notwendig und richtig waren und durchaus auch gute Resultate zeitigten.

Warum steht die Staatliche Kunstkommission so gänzlich anders da? Warum wird sie von der überwiegenden Mehrzahl der Künstler, vornehmlich der bildenden Künstler,

einfach verabscheut? Warum werden ihre führenden Funktionäre gefürchtet oder lächerlich gefunden? Warum gilt sie, zusammen mit den Kritikern Wilhelm Girnus und Kurt Magritz, als hauptverantwortlich für Schaffenskrisen psychotischen Charakters selbst bei Menschen, die als hervorragende Künstler politisch ohne Schwankung auf dem Boden unserer Republik stehen? Liegt das wirklich am alten Kurs und an den Prinzipien, denen die kulturell-erzieherische Funktion des Staates Geltung verschaffen sollte?

Keineswegs! Die Mehrheit der bildenden Künstler in der DDR ist durchaus dagegen, dass die Republik mit Machwerken abstrakter Kunst überschwemmt wird. Sie ist durchaus bereit, alle Maßnahmen zu bejahen, die der Erziehung des Nachwuchses zu hoher technischer Meisterschaft dienlich sind. Sie versteht sehr gut, dass die Hanswurstereien des dekadenten Modernismus in eine Sackgasse geführt haben. Sie ringt ehrlich darum, von ausgeklügelter Atelierproblematik loszukommen und eine Kunst zu schaffen, die der Bevölkerung verständlich ist, ihr Genuss gewährt und sie in ideeller und geschmacklicher Hinsicht zu objektiven Werten erzieht. Und es ist dieser Mehrheit der Künstler auch ohne Schwierigkeit klarzumachen, dass die dekadenten Strömungen in der modernen Kunst den Niedergang des kapitalistischen Systems widerspiegeln und objektiv den Interessen der Kräfte dienen, die durch alle Arten von Lüge (auch durch gemalte und in Stein gehauene) den Imperialismus zu erhalten streben; sie verlangt nur, dass die komplizierten Zwischenglieder, die diesen Zusammenhang vermitteln, nicht unterschlagen, sondern analysiert werden; und sie verbittet es sich mit Recht, dass man problematische Schaffungsmethoden, Eigenarten des individuellen Stils usw. als Merkzeichen einer politisch feindlichen Gesinnung wertet.¹

¹ (AH) Diese Passage und auch die weiteren Ausführungen des Artikels enthalten durchaus die Grundlagen des Kunstbegriffs von Harich. Das bezieht sich vor allem auf zwei Punkte: a) Die politische Deutung und Interpretation von Kunst (und vor allem auch von Literatur), die Harich vielen seiner Schriften zu Grunde legte, und b) die Ablehnung abstrakter Kunstrichtungen und Kunsterzeugnisse. In dem Aufsatz *Über die Empfindung des Schönen* hat er die zentralen Versatzstücke seiner Kunsttheorie zeitgleich auch theoretisch fundiert und dargestellt. Harich: *Über die Empfindung des Schönen*, in: *Sinn und Form*, 1953, Heft 6, S. 122–166. (Neu abgedr. in Band 11, S. 184–228.) Eine aufsehenerregende und für ein marxistisches Kunstverständnis zentrale modifizierende Aktualisierung seiner Überlegungen nahm Harich dann Anfang der siebziger Jahre vor. Harich: *Der entlaufene Dingo, das vergessene Floß. Aus Anlass der Macbeth-Bearbeitung Heiner Müllers*, in: *Sinn und Form*, Heft 1, 1973, S. 189–254, neu abgedr. in diesem Band.

Es liegt also nicht an den Prinzipien der marxistischen Ästhetik und der sozialistischen Kulturpolitik, wenn die Kunstkommission, zusammen mit den publizistischen Einpeitschern ihrer Überspitzungen, bei der Mehrheit der bildenden Künstler verhasst ist. Es liegt an den Menschen, die es fertigbrachten, diese Prinzipien allgemein in Verruf zu bringen.

Freilich: Nicht zu bestreiten ist, dass bei der summarisch negativen Beurteilung der Kunstkommission auch Übertreibungen unterlaufen. So machen viele sie für Missstände verantwortlich, an denen sie nur mittelbar Schuld trägt, oder vergessen, dass sie auf bestimmten Gebieten ihres Zuständigkeitsbereichs eine verhältnismäßig gute Arbeit geleistet hat, dass sie z. B. den Anforderungen der Denkmalpflege mit relativ größerem Verständnis gegenübersteht als der ästhetischen Problematik der modernen Kunst. Doch die teilweise Ungerechtigkeit in der Beurteilung ihres Tuns schwächt das Gesagte nicht ab; sie zeigt nur, dass durch das unverantwortliche Verhalten führender Staatsfunktionäre auf irgendeinem Gebiet auch die Errungenschaften, die auf dem nämlichen Gebiet erzielt wurden, verdunkelt werden.

Die Verteidigung und Pflege des klassischen Kulturerbes war unter den Voraussetzungen des alten wie unter denen des neuen Kurses ein Grundprinzip unserer Kulturpolitik, sie war es, ist es und wird es bleiben. Aber wer denkt noch an die Wartburg-Restauration, um die sich Holtzhauer gewisse Verdienste erworben hat, wenn derselbe Holtzhauer sich nicht geniert, aus der III. Deutschen Kunstausstellung, am Vorabend ihrer Eröffnung, Bilder, die ihm und seinem Gefolge unerwünscht sind, hinter dem Rücken der Jury entfernen zu lassen? Und wer hält es für erheblich, dass Wilhelm Girnus mit seiner Kritik an Hanns Eislers radikalistischem Faustus-Libretto im Entscheidenden recht hat, wenn derselbe Girnus ohne jede Differenzierung das Erbe Ernst Barlachs schmätzt, in der Architektur-Diskussion einen Schriftsteller vom Rang Ludwig Renns mit trotzkistischen Verbrechern auf eine Stufe stellt, im Fall des Buchenwald-Ehrenmals skandalöse Methoden der Auftragserteilung gegenüber Fritz Cremer auslöst usw., ohne dass es möglich wäre, ihm öffentlich zu erwidern?

Maßgebend sind nicht einzelne Verdienste, die die Kunstkommission und die Kritiker Girnus und Magritz haben mögen; maßgebend ist die Grundtendenz ihrer Tätigkeit, die faktisch die Produktivität der Maler, Bildhauer, Graphiker, Illustratoren gehemmt, die Produktion der Kunstverlage (etwa verglichen mit den polnischen und tschechoslowakischen) eingeengt, unsere besten Kunsthistoriker abgestoßen und das Ansehen

der kulturellen Errungenschaften unserer Republik in ganz Deutschland geschädigt hat.



Bertolt Brecht und Hanns Eisler, am 21.03.1950

Dilettantismus, Schikanen, Lieblosigkeit

Es wäre leicht, aber es brauchte auch sehr viel Raum, zahllose Beispiele vorzuführen, die dies bestätigen. Nur einiges Wenige sei herausgegriffen und stichwortartig angedeutet.

Der Bildhauer Gustav Seitz wurde 1950 als Professor der Westberliner Kunsthochschule und der Technischen Universität wegen seines Eintretens für den Frieden vom Reuter-Magistrat entlassen (mit sofortigem Hausverbot); die Methoden der Kunstkommission und die autoritative Geltung der Kritiken von Girnus und Magritz haben für ihn, der Nationalpreisträger und Mitglied der Akademie ist, in den drei Jahren seiner Tätigkeit in der DDR allmählich die Gefahr einer ernstesten Schaffenskrise heraufbeschworen und schließlich dazu geführt, dass er, irritiert und seelisch bedrückt, nach Westdeutschland gehen wollte; von diesem Schritt hielt ihn, den Parteilosen, dann doch seine innere Verbundenheit mit unserer Republik zurück. Er blieb bei uns, weil er erkannte, dass unsere Feinde aus seinem Fortgehen propagandistisches Kapital schlagen würden.

Das Schaffen der Graphikerin Sella Hasse, die seit langen Jahrzehnten in ihrer Gesinnung und ihrem Werk der Arbeiterbewegung aufs Engste verbunden ist, wird von der Kunstkommission missachtet; nur so konnte es geschehen, dass zu ihrem 75. Geburtstag, abgesehen von einer kleinen, schamhaft versteckten Ausstellung ihrer Holzschnitte im Kunstkabinett Kollwitzstraße, keine angemessene Würdigung ihres Lebenswerkes erfolgte.

Die Methoden, die bei der Auftragserteilung angewandt wurden, liefen in zahlreichen Fällen auf eine quälende Schikanierung der betroffenen Künstler hinaus, von denen einige (so der Bildhauer Fritz Cremer) oft jahre- und monatelang in Ungewissheit lebten, ob ihre Entwürfe angenommen würden oder nicht. Einer großen Missdeutung und schikanösen Behandlung waren der Maler Prof. Ehmsen, die Illustratoren Prof. Schwimmer und Prof. Klemm, der Bildhauer Waldemar Grzimek und viele andere ausgesetzt. Mehrere Künstler verließen in Folge überspitzter administrativer Maßnahmen und offener Drohungen die Republik (so Knispel, Mart Stamm und Stempel).

Erschreckender Dilettantismus kennzeichnet die theoretischen Konferenzen, die die Kunstkommission veranstaltet; auf Grund der ungenügenden Vorbereitung, der unqualifizierten Referate und verkrampten Diskussionen gingen diese Tagungen, für die große Summen Geldes zum Fenster hinausgeworfen wurden, jedesmal wie das Hornberger Schießen aus. Derselbe Dilettantismus zeigte sich auch in der taktlosen Form der Werbung westdeutscher Teilnehmer für die III. Deutsche Kunstausstellung, in der Vorbereitung der Dürer-Ausstellung in Berlin usw.

Die Kunstkommission erwies sich als unfähig, bedeutende Kunsthistoriker wie Prof. Hamann, Prof. Ladendorf u. a. (die sich von ihren Praktiken natürlich abgestoßen fühlten) für die Beteiligung am wissenschaftlichen Meinungskampf um die Probleme der Ästhetik und des klassischen Erbes zu gewinnen. Die unzureichenden Kenntnisse der leitenden Funktionäre der Kunstkommission und deren Neigung zu groben Geschmacklosigkeiten haben sich auf die bisher erschienenen Hefte der *Bildenden Kunst* so verhängnisvoll ausgewirkt, dass diese Zeitschrift bei allen, die etwas von der Sache verstehen, als unseriös gilt und wertvolle Fachkräfte von der Mitarbeit abhält.

Für all dies sind Staatssekretär Holtzhauer und Ernst Hoffmann, Wilhelm Girnus und Kurt Magritz entweder direkt verantwortlich oder auch indirekt, sofern sie nämlich

durch ihre Methoden in anderen Institutionen und Organisationen (wie dem Verband der bildenden Künstler), in Verlagen und Redaktionen, bei den Leitungen von Kunstkabinetten usw. einen Geist der Furcht, der Unaufrichtigkeit und der Kriecherei großgezüchtet haben.

Es geht um den Realismus!

Das alles geschah und geschieht im Namen des Kampfes für den Realismus. Aber dass dieser »Kampf«, so wie er geführt wurde, dem Realismus nicht förderlich war und es nicht sein konnte, wird deutlich, wenn man sich die grundsätzlichen Fehler klar macht, die in der ganzen Tätigkeit der Kunstkommission und der ihr ergebenden Publizisten zum Ausdruck kommen.

Es ist zunächst dem Realismus durchaus nicht zuträglich, wenn die kulturell-erzieherische Funktion des Staates gegenüber den Künstlern von Menschen repräsentiert wird, die keinen persönlichen Kontakt zu denen finden, die ihrer Leitung anvertraut sind, sondern sich mit ihnen vorwiegend nur in der Atmosphäre von Sitzungen oder auf Kongressen abgeben und sie dabei durch unbescheidenes Auftreten, penetrant beherrschende Reden, ja, auch grobe Drohungen abstoßen. (Hoffmann brachte es zu Anfang dieses Jahres fertig, öffentlich zu erklären, dass man sich »von bestimmten Künstlern eben trennen« müsse.

Wenig nützt es dem Realismus auch, wenn sich Ignoranz und ideologische Unsicherheit zu seinem Anwalt machen, konkret: Wenn die für die Fragen der Kunst verantwortlichen Kulturpolitiker weder die Prinzipien der marxistischen Ästhetik (die ihnen nur in ganz unspezifizierter Allgemeinheit geläufig sind) auf konkrete Probleme anzuwenden verstehen, noch sich den Kunstschaffenden verständlich machen können, sondern aus mangelnder Sachkenntnis an die Stelle objektiver, wissenschaftlicher Kriterien ihr subjektiv willkürliches Geschmacksurteil setzen, auf Karrieristen hereinfallen, die ihnen nach dem Mund reden, und vor Kunstwerken, die ihnen »irgendwie« problematisch vorkommen, bei administrativen Unterdrückungsmaßnahmen Zuflucht suchen, um nur ja nicht »schief zu liegen«.

Natürlich hat die Kenntnislosigkeit zur Folge, dass die Prinzipien des Realismus und der marxistischen Ästhetik grüblich entstellt werden, was um so schlimmer ist, wenn dies im Namen des Realismus und unter Berufung auf die marxistische Lehre geschieht.

Immer wieder wird die Forderung nach getreuer Wiedergabe von Details bis zur Propagierung des Naturalismus übertrieben, wird das Wesen des Optimismus flach und unmarxistisch aufgefasst und etwa dahingehend missverstanden, dass das banale Lächeln von Zahnpasta-Reklamen, d. h. die Schönfärberei in der bildenden Kunst der Bevölkerung einen Auftrieb zu großen Taten zu geben vermöchte. Immer wieder werden Eigenarten der schöpferischen Methode eines Künstlers und seines individuellen Stils als formalistisch gebrandmarkt, auch wenn die Grundtendenz seines Schaffens, auf die es ankommt und die durch ermutigenden Zuspruch gefördert werden sollte, gegenständig und realistisch ist. Immer wieder werden die von Stalin entwickelten Konsequenzen, die sich aus der marxistischen Theorie der nationalen Frage für die Probleme der Kultur ergeben, derart in ihr Gegenteil verkehrt, dass der richtige Grundsatz der Vorbildlichkeit der sowjetischen sozialistischen Kultur (nämlich ihres Inhalts) dazu missbraucht wird, deutschen Künstlern, die in deutschen Traditionen verankert sind, die Übernahme von Elementen der nationalen Form des russischen Realismus nahe-zulegen, womit man – nebenbei bemerkt – nur erreicht, dass diese Künstler gerade in den Fragen, die sie am tiefsten berühren, in antisowjetischen und nationalistischen Vorurteilen bestärkt werden.

Solche Tendenzen könnten leicht aufgedeckt werden, wenn es über die Probleme der Ästhetik einen echten Meinungsstreit gäbe. Davon aber kann gar keine Rede sein, und das ist wohl das entscheidende Hemmnis des Realismus. Auf der einen Seite geben die bürgerlichen Kunsthistoriker in der DDR ihre Publikationen heraus und halten ihre Vorträge, ohne sich auf eine Beteiligung an den Kunstdebatten der Marxisten überhaupt einzulassen. Auf der anderen Seite herrscht eine üble Meinungsdictatur einer kleinen Gruppe von Funktionären, die die bürgerlichen Fachgelehrten abstößt und in ihren Vorurteilen gegen den Marxismus bestärkt, während sie gleichzeitig die marxistischen Kunsthistoriker und Kritiker, sowie die vielen bildenden Künstler, die sich politisch längst zur Sache der Arbeiterklasse bekennen, zu geistiger Sterilität, elender Leisetreterei und tiefem Misstrauen verurteilt.

Es ist eine Tatsache, dass Funktionäre der Kunstkommission abweichende ästhetische Meinungen als Ausdruck antidemokratischer Ideologien abzustempeln und politisch zu diffamieren pflegen, auch und gerade dann, wenn sie von treuen, bewährten Mitgliedern ihrer eigenen Partei geäußert werden. Es ist weiter eine Tatsache, dass Girnus und Magritz in der Kunstkritik unserer Presse eine angemessene Monopolstellung einnehmen, die jahrelang so unanfechtbar war, dass niemand gegen diese beiden, die

Kunstkommission beratenden Kritiker offen und klar zu polemisieren wagte. Hier liegt die Ursache für viele Missstände, unter anderem dafür, dass marxistische Kunsthistoriker wie Heinz Mansfeld, marxistische Kunstkritiker wie Heinz Lüdecke und Max Schröder schon seit geraumer Zeit den aktuellen Fragen des Kampfes um den Realismus ausweichen und, wenn sie sich überhaupt noch dazu äußern, eine Zaghaftheit an den Tag legen, die sich für Angehörige der Arbeiterbewegung – wie sie sehr wohl ahnen werden – nicht geziemt.



Wilhelm Girnus (links) und Robert Havemann (rechts), 1959

Man muss daher den genannten Funktionären der Kunstkommission und auch den Kritikern, die sich in ihrem Sinn betätigen, vor allem zum Vorwurf machen, dass sie mit ihren Maßnahmen und ihren entehrenden politischen Unterstellungen eine unerträgliche, geisttötende und herzbeklemmende Atmosphäre erzeugten, die wertvolle, progressiv gesinnte Intellektuelle der Gefahr aussetzte, charakterlos zu werden und sich mit charakterverderbenden Praktiken abzufinden, und dass sie damit zugleich den Fortschritt der Wissenschaft und der Kunst hemmten.

»Nur bei der Arbeiterklasse«, sagt Engels, »besteht der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort. Hier ist er nicht auszurotten, hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben; im Gegenteil, je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter.« Und Stalin sagt:

»Es ist im Allgemeinen anerkannt, dass keine Wissenschaft ohne Freiheit der Kritik, ohne Kampf der Meinungen sich entwickeln und gedeihen kann.« Erst wenn die Kunstkommission, aber auch alle, die mit ihr unzufrieden sind, diesen Grundsätzen Geltung verschaffen, werden die bildenden Künstler in Deutschland aus Überzeugung, mit Schaffenslust und tief verbunden mit der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, dem Realismus zum Sieg verhelfen.

Zur Kunstpolitik des neuen Kurses² (Juli 1953)

Die Tagungen der schaffenden Intelligenz, die im April und Mai dieses Jahres in Jena und Berlin stattfanden, haben eine neue Phase der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen unserer Regierung und den Kulturschaffenden eingeleitet. Mit den Beschlüssen des Politbüros der SED und der Regierung der DDR vom 9. und 11. Juni 1953 setzte jene grundlegende Wendung unserer gesamten Politik ein, die uns nun die Möglichkeit gibt, die schon vorher begonnenen Bemühungen um die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz durch Maßnahmen zu krönen, die eine freiere, vielseitigere Entwicklung unseres Kulturlebens gewährleisten. Über Inhalt und Sinn dieser zu beschließenden Maßnahmen wird gegenwärtig allenthalben diskutiert, wobei die Kulturschaffenden selbst als Initiatoren der Kulturpolitik des neuen Kurses auftreten und ihre Wünsche voller Vertrauen an die Partei und die Regierung herantragen.

Die Wirkung auf Freund und Feind

Die gesamtdeutsche Bedeutung dieser Entwicklung zeichnet sich schon im gegenwärtigen Stadium deutlich ab. Die Vorschläge, die kürzlich die Deutsche Akademie der Künste und der Präsidialrat des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands der Öffentlichkeit unterbreiteten, sowie eine Reihe von Artikeln, in denen bestimmte Fehler kulturpolitischer Funktionäre unseres Staates aufgedeckt und kritisiert wurden, haben bei der Intelligenz in ganz Deutschland eine breite Resonanz gefunden.

² (AH) Der Artikel Harichs war eine Antwort auf einen Text, den Walter Besenbruch am 19. Juli im *Neuen Deutschland* veröffentlicht hatte. Besenbruch: *Über berechnete Kritik und über Erscheinungen des Opportunismus in Fragen der Kunst*, in: *Neues Deutschland* vom 19. Juli 1953.

Die Presse in Westdeutschland und Westberlin beschäftigt sich mit diesen Diskussionsbeiträgen in ausführlichen Erörterungen. Dabei versuchen die Presseorgane des Gegners, die positive Wirkung unserer Auseinandersetzung über kulturpolitische Fragen vor allem dadurch abzuschwächen, dass sie diejenigen fortschrittlichen Kulturschaffenden verleumden, die mit besonderer Entschiedenheit gegen Missstände, die bei uns eingerissen sind, auftreten und gleichzeitig keinen Zweifel darüber lassen, dass sie fest und unbeirrbar auf dem Boden unserer demokratischen Ordnung stehen.

Nicht zufällig hat sich an die Spitze dieser Verleumdungskampagne *Die Neue Zeitung*, das Organ der amerikanischen Besatzungsmacht gestellt. In ihrer Nummer 163 vom 16. Juli 1953 versucht Hans Schwab-Felisch³ seinen Lesern einzureden, dass die Forderungen und Vorschläge, mit denen die Kulturschaffenden unserer Republik die Durchführung des neuen Kurses auf dem Gebiet der Kulturpolitik unterstützen, und die Kritik, die sie an Missständen üben, weiter nichts seien als ein »Trick«, eine Art taktisches Manöver. Schwab-Felisch spielt sich dabei als Vorkämpfer einer absoluten Toleranz auf. Wer kulturelle Freiheit fordere, so schreibt es, der müsse den »Geist der Freiheit in seinem totalen Anspruch« begriffen haben, und das sei von Intellektuellen, die unserem Staat loyal gegenüberstehen oder gar für ihn Partei ergreifen, nicht zu erwarten.

Schwab-Felisch vergisst zu erwähnen, wie der Hinterwäldler McCarthy, vor dem er und sein Chefredakteur stündlich zittern müssen, über diesen »totalen Anspruch« denkt. Er verschweigt, dass im Machtbereich seiner Brotgeber die absolute Freiheit bei den Büchern Theodore Dreisers und Thomas Manns zu enden beginnt, die besagter McCarthy, auf den Spuren Hitlers wandelnd, aus den Bibliotheken der Amerika-Häuser entfernen ließ. Er verliert auch kein Sterbenswörtchen darüber, dass der Kulturbund gerade wegen der breiten nationalen, demokratischen und freiheitlichen Konzeption, die sein Präsidialrat im Sommer 1945 ausgearbeitet und beschlossen hatte, als erste demokratische Organisation in Westberlin unterdrückt wurde, unter Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der verfassungsmäßigen Ordnung und auf Betreiben derselben amerikanischen Besatzungsmacht, die hinter der *Neuen Zeitung* steht. Es ist klar, dass die Zweifel an der Ehrlichkeit unseres Wollens, die der totale Freiheits-Apostel Schwab-Felisch äußert, selbst durch und durch unehrlich sind. Die Entschiedenheit, mit der wir den neuen Kurs durchführen werden, wird dies in wachsendem Maße auch

³ (AH) Während des Krieges waren Harich und Schwab-Felisch befreundet, später erneuerten sich ihre Freundschaft wieder. Siehe die entsprechenden Hinweise des 14. Bandes.

denen zu Bewusstsein bringen, die sich heute noch durch eine solche Demagogie unserer Gegner irreführen lassen. Schon jetzt beweist die nervöse Reaktion solcher Blätter wie der *Neuen Zeitung*, dass wir richtig handeln, wenn wir mit schonungsloser Offenheit aussprechen, was ist, und eben damit der Partei und der Regierung helfen, die Kulturpolitik des neuen Kurses auszuarbeiten.

Von den Intellektuellen in unserer Republik sind die Vorschläge der Akademie und des Kulturbundes und die kritischen Beiträge in unserer Presse mit großer Freude aufgenommen worden. Sie werden von ihnen mit Recht als eine Ermutigung betrachtet, den freien Meinungsstreit kühn zu entfalten, Missstände zu kritisieren, neue schöpferische Kräfte in Freiheit zu setzen und solche Funktionäre, die für sektiererische und bürokratische Entstellungen der Politik der Partei und des Staates verantwortlich sind und sich der üblen Methoden des Administrierens und Kommandierens schuldig gemacht haben, zu einer ersten selbstkritischen Überprüfung ihrer bisherigen Tätigkeit zu veranlassen.

Dass in den Diskussionen, die allenthalben unter den Intellektuellen im Gang sind, auch erhebliche Unklarheiten zu Tage treten, ist nur verständlich und natürlich. Wäre es anders, so bräuchte nicht diskutiert zu werden. So wird auf der einen Seite noch von vielen der falsche Standpunkt vertreten, dass im Grunde alles beim Alten zu bleiben habe, da es sich bei den Fehlern, die begangen wurden, angeblich nur um Einzelercheinungen von mehr oder weniger unwesentlichem Charakter handle; die Betroffenen wollen den neuen Kurs sozusagen auf Nuancen größerer Höflichkeit im Umgang mit Künstlern reduzieren. Auf der anderen Seite machen sich liberalistische Tendenzen bemerkbar, die darin zum Ausdruck kommen, dass bei der Erörterung der Fehler und Missstände die kulturellen Errungenschaften unserer Republik vergessen werden und einer schrankenlosen Duldsamkeit auch gegenüber ausgesprochen reaktionären Erscheinungen das Wort geredet wird. Wo immer es die kulturpolitischen Funktionäre unserer Partei verstehen, in sorgfältig durchdachter Argumentation, unter klug differenzierender Abwägung der verschiedenen Meinungen diesen beiden falschen Extremen entgegenzutreten, tragen die Diskussionen dazu bei, das Vertrauensverhältnis zwischen der Partei, dem Staat und den Intellektuellen zu festigen und ernste Hemmnisse der kulturellen Entwicklung in der DDR zu beseitigen.

Der überparteiliche Charakter des Kulturbundes und der Akademie der Künste

Von dieser Lage der Dinge muss man ausgehen, um den Artikel richtig beurteilen zu können, den Genosse Walter Besenbruch unter dem Titel *Über berechnete Kritik und über Erscheinungen des Opportunismus in Fragen der Kunst* am 19. Juli 1953 im Zentralorgan unserer Partei veröffentlicht hat. Dieser Artikel enthält eine ganze Reihe richtiger Gedanken; er weist aber zugleich in entscheidenden Punkten derart schwerwiegende Fehler und Missverständnisse auf, dass er nicht unwidersprochen bleiben kann. Ich vermag in ihm nichts anderes zu sehen als einen Diskussionsbeitrag, der von der Linie der Partei stark abweicht.

Den größten Teil seines Beitrags widmet Genosse Besenbruch den Vorschlägen der Akademie der Künste und des Präsidialrats des Kulturbundes. Er wirft diesen Gremien vor, dass sie es versäumt hätten, in ihren Verlautbarungen die großen kulturellen Errungenschaften unserer Republik zu erwähnen. Mir scheint zunächst, dass Genosse Besenbruch dabei von der Voraussetzung ausgeht, dass es sich bei der Akademie und dem Präsidialrat des Kulturbundes um Gremien von Mitgliedern unserer Partei handle, um Gremien von Marxisten, wenn auch solcher Marxisten, die Fehler begehen, indem sie nämlich, wie er schreibt, opportunistischen Tendenzen Vorschub leisten. Diese Voraussetzung ist völlig falsch. Sie beruht auf einer grundsätzlichen Verkennung des Wesens unserer Blockpolitik, die das Verhältnis unserer Partei zu überparteilichen Institutionen und Organisationen wie der Akademie und dem Kulturbund bestimmt, und deren Wesen – unter anderem – darin besteht, dass die Vertreter verschiedener Weltanschauungen unter Hintanstellung ihrer Gegensätze eine gemeinsame Grundlage ihres gemeinsamen demokratischen Handelns finden.

Dies ist die prinzipielle, politische Seite der Angelegenheit. Was nun des Näheren den konkreten Vorwurf des Genossen Besenbruch betrifft, so ist er auch sachlich nicht stichhaltig. Wenn nämlich die Akademie und der Kulturbund beschlossen hätten, in ihren Verlautbarungen auf die kulturellen Errungenschaften unserer Republik einzugehen, so hätten sie auf der anderen Seite auch Kritik an den Fehlern unserer Kulturpolitik üben müssen. Dass sie das eine hätten tun, das andere aber lassen müssen, wäre zweifellos ein unbilliges Verlangen. Hätten sie jedoch beides zu tun beabsichtigt, so hätten sie sich wohl oder übel entschließen müssen, ein umfangreiches Dokument mit einer umfassenden Analyse unserer kulturpolitischen Situation auszuarbeiten. Es ist weder anzunehmen, dass die Mitglieder der Akademie und des Präsidialrats des Kul-

turbundes als schöpferisch tätige Kulturschaffende bereit wären, sich einer solchen schwierigen, zeitraubenden Arbeit zu unterziehen, noch steht fest, dass sie – als Vertreter verschiedener Richtungen und Weltanschauungen – bei der Beurteilung konkreter Fehler jedesmal völlige Übereinstimmung erzielen würden. Sie haben also völlig richtig gehandelt, wenn sie weder auf die Erfolge, noch auf die Fehler unserer Kulturpolitik eingingen, sondern statt dessen zunächst einmal ihre konstruktiven Vorschläge formulierten und sie der Öffentlichkeit unterbreiteten, um alles weitere der freien Diskussion zu überlassen, deren Ergebnisse in den kulturpolitischen Beschlüssen unserer Regierung ihren Niederschlag finden werden.

Richtig ist selbstverständlich, dass in der Diskussion der Vorschläge des Kulturbundes und der Akademie nunmehr wir als Genossen die Pflicht haben, die andersdenkenden Intellektuellen und Künstler auf all die großen Errungenschaften unserer Republik hinzuweisen, die von der Arbeiterklasse unter der Führung unserer Partei erzielt wurden, und ihnen klarzumachen, dass wir niemals das Verbrechen an unserem Volk begehen werden, diese Errungenschaften preiszugeben.

Dabei handelt es sich nun aber keineswegs nur um kulturelle Dinge, sondern in erster Linie um die ökonomischen und politischen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung, von denen Besenbruch bei seiner Beurteilung der Vorschläge der Akademie und des Kulturbundes zu abstrahieren scheint. Es handelt sich darum, dass nur in dem Teil Deutschlands, in dem es keine Monopolcapitalisten und Großgrundbesitzer mehr gibt, in dem die großen Industriebetriebe Eigentum des ganzen Volkes sind, in dem Massenarbeitslosigkeit und Krisengefahr nicht existieren, in dem Faschisten und Kriegsinteressenten nicht geduldet werden, dass nur hier die realen Bedingungen bestehen, unter denen diese freiheitlichen, wahrhaft demokratischen Vorschläge keine schönen Phrasen bleiben, sondern lebendige Wirklichkeit werden können, sofern sie es noch nicht sind. Weil das so ist, kann die Aufgabe unserer Genossen in der Überzeugungsarbeit unter den Intellektuellen nicht darin bestehen, die Vorschläge der Akademie und des Kulturbundes zu bekritteln, sie womöglich als »opportunistisch« zu diffamieren, sondern nur darin, sie grundsätzlich anzuerkennen und gleichzeitig den Intellektuellen klarzumachen, dass die Erfüllung alles dessen, was sie wünschen, von der Festigung unseres Volkseigentums und von der führenden Rolle der Arbeiterklasse in unserem Staat abhängt, von einer Gesellschaftsordnung also, die allein die Gewähr dafür bietet, dass kein Hitler und kein McCarthy ihnen ihre Rechte und Freiheiten rauben können.

Unsere Errungenschaften haben selbstverständlich auch einen kulturpolitischen und ideologischen Aspekt, auf den wir in den Diskussionen mit der Intelligenz hinweisen müssen. Die Trennung von Staat und Kirche werden wir niemals rückgängig machen. Die Schulreform, das Hochschulstudium eines hohen Anteils von Arbeiter- und Bauernkindern, unsere Volkshochschulen, die Ausrichtung unseres Erziehungswesens nach humanistischen und demokratischen Grundsätzen, das Gesetzgebungswerk zur Förderung von Kunst und Wissenschaft und zur sozialen Sicherstellung der Intelligenz usw. werden wir niemals preisgeben.⁴

Niemals werden wir aufhören, immer neuen Massen des Volkes die sieghafte Wahrheit des Marxismus-Leninismus nahezubringen. Niemals werden wir in der Pflege des klassischen Kulturerbes nachlassen usw. Und wir werden auch niemals zulassen, dass unsere demokratische Gesetzlichkeit durchbrochen wird, welche die Kriegs- und Revanchehetze und die Verbreitung faschistischer Ideen unter Strafe stellt. Aber kann unsere Prinzipienfestigkeit in allen diesen Dingen bedeuten, dass wir deswegen den Vorschlägen der Akademie und des Kulturbundes mit kleinlichen Bedenken und Vorbehalten gegenüberstehen müssten? Ist es nicht umgekehrt so, dass wir uns nur mit der Verteidigung und organischen Weiterentwicklung unserer Errungenschaften – von der Schulreform bis zur Ausschaltung der faschistischen Ideologie – die Sympathie und das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Kulturschaffenden in ganz Deutschland sichern können? Hängen nicht der Einfluss und die Autorität unserer Genossen in den kulturpolitischen Institutionen unseres Staats und in solchen überparteilichen Organisationen wie dem Kulturbund gerade davon ab, dass sie eindeutig eine fortschrittliche Position beziehen? Unsre Errungenschaften sind so groß, unsere Absichten so sauber, unsere Ideen so wahr, unsere Interessen so tief mit denen der ganzen Nation verbunden, dass wir die geistigen Auseinandersetzungen wahrlich nicht zu scheuen brauchen, die uns bevorstehen, wenn wir das Vermächtnis Stalins erfüllen und das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten erheben und vorantragen in einer Zeit, in der es sonst niemanden gibt, der es erheben könnte.

⁴ (AH) Harich hatte sich seit Ende der vierziger Jahre zu diesem Thema bereits an anderer Stelle ähnlich lautend geäußert. Siehe: Harich: *Das Fettpaket und die Musen*, in: *Die Weltbühne*, Nr. 14, 1949, S. 465–468. Harich: *Wer verteidigt die Kultur?*, in: *Die Weltbühne*, Nr. 13, 1950, S. 361–365. Außerdem auch: Harich: *Garantie der Menschenwürde*, in: *Die Weltbühne*, Nr. 17, 1950, S. 489–493. (Alle neu abgedr. in Band 1.1, S. 276–281, Band 6.2, S. 1409–1415 und 1421–1426.)

Genosse Besenbruch will am alten Kurs festhalten

Es hat den Anschein, als ob Genosse Besenbruch dies alles nicht begreift. Er scheint zu denen zu gehören, die sich für zu schwach halten, den Kampf um den Realismus in der Kunst mit den Mitteln geistiger Auseinandersetzung zu führen. Wie käme er sonst dazu, die Vorschläge der Akademie und des Kulturbundes, die die Forderung nach echter Gleichberechtigung aller künstlerischen Auffassungen enthalten, mit der Erklärung zu beantworten, dass die Beschlüsse des 5. Plenums des Zentralkomitees unserer Partei über die Fragen der Kunst nicht »über Bord geworfen« werden dürfen? Diese Beschlüsse sind Parteibeschlüsse, d. h. sie verpflichten uns Parteimitglieder, in den Auseinandersetzungen um die Fragen der Kunst den Standpunkt des Realismus zu vertreten. Sie können von unserer Partei schon deshalb nicht über Bord geworfen werden, weil die ästhetischen Prinzipien, die ihnen zu Grunde liegen, eine Konkretisierung unserer Weltanschauung darstellen. Aber ist unsere Weltanschauung denn verbindlich für Künstler, Kritiker und Kunsthistoriker, die nicht unserer Partei angehören? Sie ist es natürlich nicht. In Folge dessen kann unser Staat von einem andersdenkenden Künstler ebensowenig verlangen, sich in seinen Schaffensmethoden nach den Beschlüssen des 5. Plenum zu richten, wie er es einem Physikprofessor verbieten kann, eine positivistische Interpretation der Relativitätstheorie zu vertreten. Unser Staat kann nur dafür sorgen – und es ist seine Pflicht, dafür zu sorgen –, dass wir Marxisten nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich die Möglichkeit haben, unsere Auffassungen in Wort und Schrift zu verbreiten. Ob es uns gelingen wird, unsere Erfolge in der Beeinflussung der Intelligenz unter diesen Voraussetzungen zu mehren, hängt dann einzig und allein von unserer Überzeugungskraft ab. Im Übrigen ist es uns nur zuträglich, wenn wir gezwungen sind, uns im ideologischen Kampf mit ernst zu nehmenden Gesprächspartnern zu stählen, statt uns bequem auf die Macht zu verlassen. Was aber die bürgerlichen Künstler und Wissenschaftler in unserer Republik betrifft, so wird ihre Bereitschaft, sich mit unserer Weltanschauung auseinanderzusetzen und sie für ihre schöpferischen Probleme fruchtbar zu machen, in dem Maße wachsen, in dem wir die Vorschläge der Akademie der Künste und des Kulturbundes verwirklichen werden.

Für besonders schädlich halte ich die Gedanken, mit denen Genosse Besenbruch den Anspruch der Akademie der Künste, unseren Staat in allen Fragen der Kunstpolitik maßgeblich zu beraten, in Frage stellt. Er betont zwar, dass er diesen Anspruch grundsätzlich für berechtigt halte, will dessen Erfüllung aber davon abhängig machen, dass die Akademie »in der Grundfrage der Kunst, in der Frage der künstlerischen Methode

und Gestaltungsanschauung, einen Standpunkt, der den Interessen des Volkes entspricht, entweder bereits erarbeitet hat oder mindestens die Verpflichtung ausspricht, sich diesen Standpunkt zu erarbeiten«.

Es erhebt sich hier zunächst die Frage: Wer sind denn die Mitglieder der Akademie? Es sind die bedeutendsten fortschrittlichen Künstler und Schriftsteller unserer Republik, es sind Dichter wie Becher und Brecht, Arnold Zweig und Anna Seghers, Hermlin und Kuba, Marchwitza und Renn, es sind Publizisten wie Rilla, Jhering und Abusch, es sind Musiker wie Hanns Eisler, Günther Ramin, Ernst H. Meyer und Hermann Abendroth, es sind Maler und Bildhauer wie Arnold, Cremer, Ehmsen, Lingner, Nagel, Schwimmer und Seitz, Theaterleute wie Burghardt, Felsenstein, Busch, Langhoff, Rodenberg, Helene Weigel usw. Sie alle hätten es nötig, sich eine künstlerische Methode und »Gestaltungsanschauung« zu »erarbeiten«, die »den Interessen des Volkes entspricht«? Mir scheint, dass ohne die Leistungen, die diese hervorragenden Menschen mit ihren künstlerischen Methoden geschaffen haben, das Kulturleben unserer Republik undenkbar wäre.

Was also will Genosse Besenbruch eigentlich? Will er die ästhetischen Richtungsgegensätze innerhalb der Akademie zu Gunsten einer einheitlichen und als einheitlich proklamierten »Gestaltungsanschauung« annullieren? Will er, dass Brecht und Friedrich Wolf gemeinsam eine allgemeinverbindliche Theorie des Dramas »erarbeiten«? Will er, dass Cremer und Seitz ein gemeinsames Communiqué darüber herausgeben, welcher künstlerischen Methode sich die Bildhauer zu befleißigen hätten? Will er, dass Ernst H. Meyer und Max Butting einen Rütli-Schwur tun, sich künftig der kreischenden Dissonanzen zu enthalten? Bei der Verschiedenheit der künstlerischen Auffassungen, die in der Akademie, repräsentiert durch ihre Mitglieder, vertreten werden, kann die Forderung des Genossen Besenbruch offenbar nur bedeuten, dass bestimmte Schriftsteller, Musiker, Maler, Bildhauer usw. von der Beratung des Staates in Fragen der Kunstpolitik so lange ausgeschlossen werden sollen, bis sie sich zu einer »Gestaltungsanschauung« durchgerungen haben, die den ideologischen Prinzipien unserer Partei entspricht.

Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, dass es keine einzige Frage gäbe, in der sich die Mitglieder der Akademie zu einer einheitlichen Konzeption bekennen könnten. Unser Staat kann und soll von ihnen als seinen Beratern verlangen, dass sie ihm die Verbreitung faschistischer Ideen in der Literatur signalisieren, dass sie einen Kampf

gegen Kitsch, gegen sittlich verrohende Filme und obszöne Magazine führen, dass sie einer Überschwemmung der Kunstausstellungen unserer Republik mit abstrakter Malerei entgegenwirken, dass sie Maßnahmen vorschlagen, die der Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses förderlich sind, dass sie sich die Pflege unseres Kulturerbes angelegen sein lassen und diese auf eine noch breitere Basis stellen, dass sie den Kampf unserer Republik um Einheit und Frieden durch Kooptierung bedeutender westdeutscher Künstler unterstützen usw. Aber im Rahmen dieser gemeinsamen Aufgaben müssen die verschiedenen, oft gegensätzlichen ästhetischen Auffassungen der Akademie-Mitglieder volle Gleichberechtigung genießen.

Am Rande sei erwähnt, dass Genosse Besenbruch sich bei seiner Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Akademie in einen logischen Widerspruch verstrickt. Auf der einen Seite beantwortet er die Forderung, dass die staatlichen Organe sich jeder administrativen Maßnahme in Fragen der künstlerischen Produktion und des Stils enthalten sollen, mit der Feststellung, die Akademie sei selbst ein staatliches Organ, sie scheine also beschlossen zu haben, sich aufzulösen. Auf der anderen Seite bezweifelt er, dass die Akademie sich schon genügend »ausgewiesen« habe, um in Kunstfragen (nämlich bei der Vergebung von öffentlichen Aufträgen, bei der Veranstaltung von Ausstellungen, Preisverteilungen, Preisausschreiben usw.) einen bestimmenden Faktor auszuüben.

Richtig ist bei alledem, dass sich die Akademie als Institution in der Vergangenheit nicht aktiv an den Diskussionen über Fragen der Kunst beteiligt und damit sicher einen Fehler begangen hat. Geht man den Gründen dieser Zurückhaltung nach, so stellt man allerdings fest, dass eine beträchtliche Anzahl der Mitglieder der Akademie von den Genossen Helmut Holtzhauer und Ernst Hoffmann von der Staatlichen Kunstkommission in beschämender Weise schikaniert wurde, und dass die Versuche der Akademie, sich als Institution der Interessen ihrer Mitglieder anzunehmen, immer wieder auf den hartnäckigen Widerstand dieser Genossen stießen. Darin kommt klar die Tatsache zum Ausdruck, dass die Staatliche Kunstkommission eine Kunstpolitik gegen die Mehrheit der Künstler getrieben hat, womit sie auch unter den Voraussetzungen des alten Kurses die Prinzipien marxistischer Führung der Massen gröblich verletzte und das Ansehen unseres Staates schädigte.

In eigener Sache

Einen Teil seines Artikels widmet Genosse Besenbruch der Kritik, die ich am 14. Juli 1953 in der *Berliner Zeitung* an den Genossen Holtzhauer und Hoffmann, Girnus und Magritz geübt habe.⁵ Bei aller Bereitschaft, Fehler, die ich begangen haben mag, einzusehen (falls sie mir nachgewiesen werden), bin ich nicht im Stande, auch nur eine Zeile der diesbezüglichen Ausführungen des Genossen Besenbruch ernst zu nehmen. Ich kann nur sagen, dass Genosse Besenbruch seine Kritik an meinem Artikel auf Fälschungen aufbaut, die den Sinn meiner Darlegungen in sein Gegenteil verkehren.

Genosse Besenbruch behauptet, ich benutze einzelne Missstände dazu, »um (!) beim Leser den Eindruck hervorzurufen, die ganze kunstpolitische Linie der Partei sei falsch gewesen«. Tatsache ist, dass ich auf kulturpolitische Institutionen und Organisationen unserer Republik hingewiesen habe, die im Sinne der Linie der Partei arbeiteten und es nichtsdestoweniger verstanden, die Mehrheit der von ihnen angeleiteten Kulturschaffenden von Maßnahmen zu überzeugen, die unter bestimmten Bedingungen einfach notwendig und richtig waren und durchaus auch gute Resultate zeitigten.

Tatsache ist weiter, dass ich den Genossen Holtzhauer und Hoffmann, Girnus und Magritz vorgeworfen habe, dass von ihnen die Prinzipien des Realismus und der marxistischen Ästhetik gröblich entstellt und in entstellter, verzerrter Form unter Verhinderung eines echten Meinungskampfes den Künstlern aufgezwungen wurden. Ich habe also nicht die ganze kunstpolitische Linie der Partei kritisiert, sondern bestimmte einzelne Genossen, die von dieser Linie abgewichen sind, was man bestimmten anderen Genossen nicht zum Vorwurf machen kann.

Genosse Besenbruch schreibt weiter: »Dort, wo nach seiner Meinung Erfolge zu verzeichnen seien (Harich meint den Kulturbund und die Deutsche Akademie der Künste), seien diese Erfolge angeblich trotz der allgemeinen kulturpolitischen Linie der Partei errungen worden.« Da dies in indirekter Rede gesagt wird, muss man annehmen, es handle sich um ein nicht wörtlich wiedergegebenes Zitat. Tatsache ist, dass sich eine derartige Stelle in meinem Artikel nicht nur nicht findet, sondern dass auch kein einziger Gedanke darin diesen oder einen ähnlichen Sinn hat. Der Kulturbund und die Akademie der Künste werden in meinem Artikel mit keinem Wort erwähnt. Ebenso wenig ist darin von Erfolgen die Rede, die trotz der allgemeinen kulturpolitischen

⁵ (AH) Gemeint ist: Harich: *Es geht um den Realismus*, neu abgedr. in diesem Band.

Linie der Partei errungen worden seien. An der Stelle, wo ich überhaupt von Erfolgen spreche, erwähne ich gewisse Verdienste der Kunstkommission um die Denkmalpflege und füge hinzu: »Die Verteidigung und Pflege des klassischen Kulturerbes war unter den Voraussetzungen des alten wie unter denen des neuen Kurses ein Grundprinzip unserer Kulturpolitik, sie war es, ist es und wird es bleiben.«

Völlig in ihr Gegenteil verkehrt werden von Genossen Besenbruch die einleitenden Absätze meines Artikels. Ich spreche dort davon, dass der Erfolg der zu beschließenden kulturpolitischen Maßnahmen des neuen Kurses davon abhängt, dass »die Menschen, die sie durchführen werden, es ehrlich meinen und aus ihren Erfahrungen zu lernen gewillt sind«. Diesen Satz reißt Genosse Besenbruch aus seinem Zusammenhang heraus und knüpft daran die Bemerkung: »Was bedeutet das? Wer sind denn diese Menschen, die den neuen Kurs durchführen? Das ist unsere Regierung mit den Genossen Otto Grotewohl und Walter Ulbricht an der Spitze, das ist unsere Partei mit dem Zentralkomitee an der Spitze, das sind die Millionen unserer Parteimitglieder, und diesen Menschen gegenüber wagt Harich die ungeheuerliche Unterstellung, dass sie es nicht ehrlich meinen könnten. ›Erst mal abwarten‹, so könnte an Harichs Gedankengang ausführen, ›ob der ganze Kurs überhaupt ehrlich gemeint ist.« Wer hier ungeheuerliche Unterstellungen wagt – Besenbruch oder ich –, kann wohl niemandem zweifelhaft sein, der weiß, dass sich im Zusammenhang meines Artikels an den zitierten Satz unmittelbar folgende Stelle anschließt: »Zu den Kriterien ihrer Ehrlichkeit gehören der Mut zur Kritik und die Bereitschaft zur Selbstkritik – Eigenschaften, die sich, als moralische, nicht von selbst verstehen, sondern errungen werden müssen. Weil das so ist, kann man nicht deutlich genug alle diejenigen an ihre Verantwortung erinnern, die heute das Eingeständnis: ›Es wurden Fehler gemacht!‹ möglichst abstrakt zu halten wünschen und es am liebsten nur auf kollektive Verantwortlichkeit beziehen (auf ›die Partei‹ und ›die Regierung‹ im Allgemeinen), statt ganz bestimmte Fehler, an denen sie selbst beteiligt sind, rückhaltlos aufzudecken. Verhielte man sich diesen Menschen gegenüber nachgiebig, so könnte ihr bequemes, selbstgerechtes Verhalten die Gefahr heraufbeschwören, dass der neue Kurs von vornherein mit verharmlosten und vertuschten Fehlern aus der Vergangenheit wie ein Bleiklotz belastet wird. Als die führenden Funktionäre der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Staatssekretär Helmut Holtzhauer und Hauptabteilungsleiter Ernst Hoffmann, vor Kurzem mit dem Plenum der Akademie der Künste zusammentrafen, um über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft abzulegen und die Perspektiven des neuen Kurses aufzuzeigen, gaben sie ein klassisches Beispiel für völligen Mangel an Selbstkritik. In abstracto gestanden sie zu,

ebenfalls Fehler begangen zu haben, aber jeden einzelnen konkreten Fall, in dem sie Künstler beleidigt und Kunstwerke unterdrückt hatten, stritten sie ab und beschönigten ihn oder fanden gar, dass sie gerade hierbei richtig gehandelt hätten.«

Während ich also in meinem Artikel von bestimmten, beim Namen genannten kulturpolitischen Funktionären unseres Staates sagen will, dass man ihre Ehrlichkeit bezweifeln muss, solange sie nicht zu ernster Selbstkritik bereit sind, sondern alle konkreten Fehler, die ihnen vorgeworfen werden, bestreiten, wobei es mir darum zu tun ist, es diesen bestimmten Personen unmöglich zu machen, sich auf die allgemeine Linie »der Partei« und »der Regierung« herauszureden, unterstellt mir Genosse Besenbruch, dass ich genau das Gegenteil im Sinn hätte, nämlich die Ehrlichkeit der Partei mit ihren Millionen Mitgliedern und dem gesamten Zentralkomitee in Frage zu stellen, statt nur berechnete Kritik an einzelnen Missständen zu üben.

Ich muss es den Lesern überlassen, sich über die Methoden der Polemik, deren sich Genosse Besenbruch bedient, ihr Urteil selbst zu bilden. Nur auf eines möchte ich hinweisen: Dass der Ton, in dem Herr Schwab-Felisch in der amerikanischen *Neuen Zeitung* über meinen Artikel herzieht, sich an Gehässigkeit kaum von den Unterstellungen Besenbruchs unterscheidet. Allerdings scheint Schwab-Felisch von der opportunistischen Abweichung, die Besenbruch bei mir vermutet, nichts bemerkt zu haben. Er würde es ja sonst wohl nicht für nötig halten, die Leser der *Neuen Zeitung* zu beschwören, nicht auf mich hereinzufallen, da auch ich mich »dem Geist der Unfreiheit und der politischen Theorie der Unterdrückung« verschrieben hätte und ein »Stalinist« sei.

Wenn *Die Neue Zeitung* vor mir warnt, so erfreut mich das, weil es mir bestätigt, dass ich im Recht bin. Wenn Genosse Besenbruch mich nicht versteht – und offensichtlich nicht verstehen will – so bereitet mir das ernsten Kummer. Nicht deswegen, weil ich mich durch seinen Angriff eingeschüchtert fühlte, sondern weil er dieselben Methoden politischer Diffamierung praktiziert, mit denen die Genossen Holtzhauer und Hoffmann, Girnus und Magritz so lange die Diskussion um den Realismus in der Kunst vergiftet haben, Methoden, mit denen eigentlich Schluss gemacht werden muss. Wenn all das zuträfe, was Genosse Besenbruch mir vorwirft, so müsste ich von Rechts wegen aus der Partei ausgeschlossen werden, ganz gleich, ob ich mir meiner Verfehlung völlig bewusst gewesen wäre oder nicht. Ich verlange, dass Genosse Besenbruch dies anerkennt und unter dieser Voraussetzung die Frage beantwortet, wie er ein Verhältnis des Ver-

trauens und der Sympathie zu parteilosen Intellektuellen herzustellen gedenkt, wenn er nicht einmal bereit ist, die sachliche Meinungsäußerung eines Genossen sachlich zu prüfen und zu beantworten.

Wo bleibt die Stellungnahme der Kritisierten?

Einen besonders schlechten Eindruck hinterlässt die Tatsache, dass Genosse Besenbruch im Zentralorgan der Partei einen Artikel als »gefährliches Gift« bezeichnet, in dem konkrete Fehler bestimmter Genossen aufgedeckt werden, bevor diese Genossen sich zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen geäußert haben. Nach meinem Beitrag zu der kulturpolitischen Diskussion in der *Berliner Zeitung* hätte jedermann es als selbstverständlich erwarten müssen, dass jetzt die von mir kritisierten Genossen Helmut Holtzhauer und Ernst Hoffmann, Wilhelm Girnus und Kurt Magritz zu ihrer bisherigen Tätigkeit öffentlich Stellung nehmen und sich mit meiner Kritik, soweit sie sie nur im Mindesten als berechtigt empfinden, sachlich auseinandersetzen würden. Das ist nicht geschehen. Statt dessen hat sich Genosse Besenbruch mit den diffamierenden Unterstellungen, die er sich mir gegenüber herausnimmt, schützend vor die genannten Genossen gestellt und es ihnen sehr leicht gemacht, sich um die Selbstkritik, die ihnen nicht erspart bleiben kann und darf, herumzudrücken und ihre persönlichen Fehler, für die kein anderer verantwortlich ist als sie selbst, zu Lasten der Partei und der Regierung zu vertuschen. Es ist klar, dass er damit der weiteren Entwicklung dieser Genossen einen ebenso schlechten Dienst erweist wie dem Ansehen unserer Partei.

Ich will mich durch dieses – zumindest törichte – Verhalten nicht davon abbringen lassen, einen Fehler einzugestehen, den mein Artikel in der *Berliner Zeitung* tatsächlich aufweist, und den Genosse Besenbruch nicht erwähnt: Ich habe zwischen den Genossen, die ich kritisierte, nicht genügend differenziert. Im Großen und Ganzen liegen ihre Fehler zwar objektiv auf derselben Linie, aber es geht natürlich nicht an, eine polemische Auseinandersetzung mit den Äußerungen von Publizisten in der Weise, wie ich das getan habe, mit der Kritik an kulturpolitischen Funktionären des Staates zu vermengen. Es ist auch dann nicht statthaft, so zu verfahren, wenn – wie im vorliegenden Fall – die ideologischen Unklarheiten und der taktlose Ton in den Arbeiten zweier Publizisten sich mit den falschen administrativen Methoden zweier Funktionäre zu einem Ganzen durchdringen und eine Fülle verhängnisvoller Missstände heraufbeschwören. Immerhin muss gesagt werden, dass Genosse Girnus neben seiner journalistischen Tätigkeit, als Mitglied des Redaktionskollegiums des *Neuen Deutschland*, der

Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten seit ihrer Gründung angehört, und dass auch Genosse Magritz die Funktionäre der Kunstkommission in zahlreichen Fällen beraten und beeinflusst hat. Noch schwerer wiegt der Vorwurf mangelnder Differenzierung, den man gegen meinen Artikel in der *Berliner Zeitung* erheben kann, im Hinblick auf das Maß an persönlicher Schuld, das die kritisierten Genossen sehr wesentlich unterscheidet. So glaube ich, dass man für den Schaden, den Genosse Ernst Hoffmann angerichtet hat, in erster Linie diejenigen Genossen verantwortlich machen muss, die es fertigbrachten, ihn, einen reinen Politiker, der in künstlerischen Fragen völlig ahnungslos ist, mit einer Aufgabe zu betrauen, der er beim besten Willen nicht gewachsen sein konnte. Wir müssen die Fehler dieses Genossen mit ganz anderen Augen betrachten als etwa die des Genossen Girnus, der selbst Maler war, der Kunstgeschichte kennt und dessen Tätigkeit unleugbare Tendenzen des Karrierismus und persönlicher Unanständigkeit aufweist.

Vorschläge zur Durchführung der Kulturpolitik des neuen Kurses⁶

(22. Juli 1953)

Die nachstehenden Vorschläge unterbreite ich unter folgenden Gesichtspunkten:

- 1) Hinwendung unserer Kulturpolitik zu solchen Aufgaben, deren Erfüllung eine breite gesamtdeutsche Wirkung zu erzielen vermag;
- 2) Befriedigung der differenzierten kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung;
- 3) Herstellung eines Verhältnisses des Vertrauens und der Sympathie zwischen Partei und Staat und den Massen der Intelligenz;
- 4) Schaffung günstigerer Voraussetzungen für einen wirksamen ideologischen Kampf unserer Genossen auf allen Gebieten unseres Kulturlebens.

Teil I: Presse

- 1) Schaffung einer populären Morgenzeitung für Proletariat und Kleinbürgertum, die den entsprechenden deutschen Presse-traditionen entspricht. Frühere Vorbilder in Aufmachung und Sprache: Die *Morgenpost*, gewisse Eigenschaften des *Lokalanzeiger*. Gegenwärtige Vorbilder: Die Lokalseite der *Berliner Zeitung*, die Zuschriftenseite der *BZ am Abend*. Chefredakteur: Genosse Honigmann, der für diese Aufgabe durch

⁶ (AH) Der Entwurf ist datiert auf den 22. Juli 1953.

seine hervorragenden Leistungen in den Blättern *Berlin am Mittag* und *BZ am Abend* ausgewiesen ist.

- 2) Schaffung einer großen Tageszeitung für den Mittelstand und die Intelligenz, die den entsprechenden deutschen Pressetraditionen entspricht und geeignet ist, eine breite Wirkung auch auf Westberlin und Westdeutschland auszuüben und den Einfluss der großen Tageszeitungen der Reaktion (*Die Neue Zeitung*, *Der Tagesspiegel*) entgegenzuwirken. Des Näheren ist bei dieser Zeitung auf die folgenden Gesichtspunkte zu achten:
 - a) In Format, Aufmachung, typographischer Gestaltung und Umfang muss diese Zeitung den großen traditionsreichen liberalen Blättern aus der Zeit der Weimarer Republik angeglichen werden (in Frage kommende Vorbilder: *Berliner Tageblatt*, *Vossische Zeitung*, *Frankfurter Zeitung*, gegenwärtig: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*).
 - b) Die Zeitung muss täglich einen Umfang von acht (mindestens!) bis zwölf Seiten und außerdem Sonntags eine möglichst umfangreiche kulturpolitische Beilage aufweisen.
 - c) Alle Artikel müssen in einer Sprache geschrieben sein, die bei den Massen der Intelligenz und allen geistig anspruchsvollen Menschen »ankommt«: Geistvoll, prägnant, stilistisch sorgfältig gefeilt, im polemischen Kampf gegen Feinde nicht plump und grob, sondern vernichtend ironisch.
 - d) Die Zeitung darf keinerlei Konzessionen an den spießbürgerlichen Geschmack machen, auch nicht im Lokalteil (wie es gegenwärtig bei der *Berliner Zeitung* mit ihren ständigen Rubriken »Bärchen«, »Paule Panke« usw. der Fall ist).
 - e) Die Zeitung muss streng das Prinzip der Trennung von Nachricht und Kommentar wahren, um die westdeutschen reaktionären Blätter, die dieses Prinzip verfolgen, mit ihren eigenen Waffen schlagen zu können. In der Nachrichtengebung muss sie jederzeit auf der Höhe der Situation sein.
 - f) Die Zeitung muss über Korrespondenten in Westdeutschland und im Ausland – auch im kapitalistischen Ausland – verfügen.
 - g) Die Zeitung muss täglich, um den Mittelstand im Sinne unseres Kampfes gegen den Imperialismus beeinflussen zu können, einen umfangreichen wirtschaftspolitischen Teil enthalten, in welchem die besten marxistischen Wirtschaftsjournalisten, Politökonomien usw. anhand von Börsenkursen, Statistiken usw. die ökonomische Entwicklung in den kapitalistischen Ländern konkret und überzeugend analysieren.

- h) Die Zeitung muss über eine ausgedehnte außenpolitische Redaktion verfügen und möglichst täglich einen außenpolitischen Leitartikel bringen.
 - i) Die Zeitung muss laufend interessante und geistreiche Reportagen aus allen Ländern veröffentlichen.
 - j) Der umfangreiche Kulturteil der Zeitung muss in seiner Thematik einen gesamtdeutschen und internationalen Charakter haben und darf in seinen Buchrezensionen, Theater- und Filmkritiken usw. keine wichtige kulturelle Erscheinung in Ost- und Westdeutschland unberücksichtigt lassen. Er muss von unseren besten Schriftstellern, Publizisten, Kritikern und Feuilletonisten bestritten werden und mit den kommunistischen und demokratischen Intellektuellen in Ländern wie Frankreich, Italien, Österreich usw., sowie mit deren Publikationsorganen (z. B. den *Lettres françaises*) eng zusammenarbeiten. Seine Thematik muss universell sein, d. h. sie muss vom Variétéprogramm bis zu den anspruchsvollsten Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Philosophie reichen.
 - k) Personelle Vorschläge: 1) Chefredakteur: Genosse Hermann Burckhardt (ausgewiesen durch seine Fähigkeit, Zeitungen eben dieses Typus zu gestalten, durch seine Erfahrungen im Kampf gegen die westliche reaktionäre Presse und durch seine engen Beziehungen zur französischen KP und den zu ihr gehörenden Intellektuellen); 2) Redaktionelle Mitarbeiter des Wirtschaftsressorts: Genosse Hans W. Aust, Genosse Siegbert Kahn; 3) Redakteure der Kulturabteilung: Goeres, Huchel, Bagemühl, Schindler, Rühle, Palitzsch, Eduard Zak; 4) Freie feste Mitarbeiter der Kulturredaktion: a) Dichter und Schriftsteller: Becher, Brecht, Hermelin, Huchel, Kuba, Anna Seghers, Zweig, Renn, Bredel; b) Literaturkritik: Lukács, Rilla, Hans Mayer, Harich, Max Schröder, Cwoidrak; c) Theater und Film: Jhering, Erpenbeck, Eilau, in besonderen Fällen: Rilla; d) Literaturgeschichte: Rilla, Bruno Kaiser, Lukács, Abusch, Mayer, Kantorowicz; e) Kunstkritik und Kunstgeschichte: Ladendorf, Max Schröder, Heinz Lüdecke, Heinz Mansfeld, Feli Eick, Jürgen Rühle, Susanne Hess-Wyneken; f) Tanz: Susanne Hess-Wyneken; g) Philosophie: Georg Lukács, Ernst Bloch, Hans Heinz Holz, Harich, Arthur Baumgarten; h) Wissenschaft: Alfons Kauffeldt; Brigitte Eckstein; i) Geschichte: Meusel, Leo Stern, Walter Markov, Kamnitzer, Bagemühl; k) Allgemeine Kulturpolitik: Becher, Abusch, Goeres, Bloch; l) Zeichner: Müller, Sandberg, Gaebel, Elisabeth Shaw.
- 3) Schaffung einer 14tägig erscheinenden großen und ansprechenden Familien- und Frauenzeitschrift (illustriert), in formaler Hinsicht etwa der in Hamburg erscheinenden

den Zeitschrift *Constanze* angeglichen. (Personelle Vorschläge hierfür kann ich bei persönlicher Rücksprache machen.)

- 4) Ich schlage vor, Zeitungen und Zeitschriften einzustellen, die in ihrer gegenwärtigen Form nicht geeignet sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Papier, das diese Organe verbrauchen, ist zu Gunsten der oben genannten neuen Projekte einzusparen. Ebenso ist der beste und geeignetste Teil der Mitarbeiterstäbe der einzustellenden Organe zur Verwirklichung der neuen Projekte heranzuziehen. Zu Gunsten des Projekts Nr. 2 (große Tageszeitung für Mittelstand und Intelligenz, berechnet auf gesamtdeutsche Wirkung) sollten die *Berliner Zeitung* und *Der Sonntag* eingestellt werden; gleichzeitig sollten die Reaktionen dieser Blätter das Stammpersonal für das neue Projekt abgeben. (Eine genaue Begründung dafür, dass *Berliner Zeitung* und *Sonntag*, obwohl sie zum erheblichen Teil über die dafür notwendigen Kräfte verfügen, in ihrer gegenwärtigen Form den kommenden Aufgaben nicht gewachsen sein werden, kann ich in mündlicher Rücksprache geben.) Zeitschriften wie *Frau von heute*, *Deutsche Woche*, *Berliner Illustrierte* sind zu Gunsten des Projekts Nr. 3 (illustrierte Frauen- und Familienzeitschrift) einzustellen. Dasselbe gilt für *Berlins Modeblatt*. Durch Einstellung derartiger, in ihrer gegenwärtigen Form völlig ungenießbarer Blätter ist vor allem der kadematischen Zersplitterung der fortschrittlichen journalistischen Kräfte entgegenzuwirken. In allen diesen Organen gibt es außerordentlich befähigte Redakteure und freie Mitarbeiter, die aber nicht wirksam eingesetzt sind, da ihre Leistungen in der erdrückenden Menge journalistischer Strohfabrikation jeweils untergehen. Diese Kräfte müssen zusammengefasst und so eingesetzt werden, dass ihre Fähigkeiten maximal zur Geltung kommen.

Teil II: Film

- 1) Bedeutende deutsche Filme der Vergangenheit (wie z. B. *Der zerbrochene Krug*, *Effi Briest* usw.) sollten in kleineren Lichtspieltheatern wieder aufgeführt werden.
- 2) In höherem Maße als bisher sollten Filme fortschrittlichen Inhalts aus den westlichen Ländern in der DDR aufgeführt werden (z. B. der gegen die Neger-Diskriminierung in den USA gerichtete Sartre-Film *La putain respectueuse*), aber auch westliche Unterhaltungsfilme, sofern sie keinerlei politisches Gift enthalten und eine moralisch saubere Grundtendenz aufweisen.
- 3) In der DEFA sollte die Autorität sektiererischer Elemente gebrochen werden; wichtig wäre vor allem die Ausschaltung des Genossen Sepp Schwab aus der Staatlichen Filmkommission.

- 4) Innerhalb der DEFA sollten mehrere, künstlerisch miteinander konkurrierende Studio-Kollektive geschaffen werden, die nur in wirtschaftlicher Hinsicht zentral gegliedert werden.
- 5) Die Filmkollektive sollten ermutigt werden, mehr Stoffe aus der internationalen klassischen Literatur ohne verkrampfte Versuche eine falschen politischen Aktualisierung zu verfilmen.
- 6) Die Filmkollektive sollten ermutigt werden, mehr Unterhaltungsfilme mit sauberer moralischer Grundtendenz zu drehen.
- 7) Es sollten systematische Versuche unternommen werden, bedeutende Filmregisseure und -schauspieler aus Westdeutschland zu engagieren, vor allem den Regisseur Erich Engel. Die Voraussetzungen dafür sind günstig, da es mit dem westdeutschen Film im Argen liegt. Allerdings müssten die eigenen Projekte und Vorschläge der westdeutschen Filmschaffenden sorgfältig beachtet und nach Möglichkeit verwirklicht werden.
- 8) Die DDR sollten regelmäßig gesamtdeutsche und internationale Filmfestspiele veranstalten, auf denen die Spitzenleistungen des Films vorgeführt und diskutiert werden, und auf denen die Regierung Preisverleihungen unter gesamtdeutschem Gesichtspunkt vornimmt.
- 9) Der Filmkritik in unserer Presse ist ein breiterer Raum zu gewähren; gleichzeitig sollte alles getan werden, sie auf ein höheres Niveau zu heben.
- 10) Unsere Filmkritik sollte sich systematisch auch mit den in Westdeutschland laufenden Filmen kritisch und dabei sorgfältig differenzierend auseinandersetzen.

Teil III: Theaterleben

- 1) Wiederaufbau der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen unter Erneuerung ihrer traditionellen Statuten. Der Genossenschaft in der DDR sollte die Aufgabe gestellt werden, mit der Genossenschaft in Westdeutschland zusammenzuarbeiten, um mit ihr gemeinsam der Diskreditierung von Bühnenkünstlern, die in ganz Deutschland zu arbeiten wünschen, durch die westdeutsche Reaktion entgegenzuwirken.
- 2) Schaffung der Voraussetzungen für die Entfaltung eines reicheren, vielseitigeren und interessanteren Theaterlebens in der ganzen DDR und insbesondere im demokratischen Sektor von Berlin.
 - a) Unter diesem Gesichtspunkt: Mehr Großzügigkeit in der Gestaltung der Repertoires durch intensivere Pflege des gesamten internationalen klassischen Erbes, vom antiken Drama bis zu Gerhart Hauptmann, Shaw, Wedekind und Sternheim,

und durch Aufführung bedeutender fortschrittlicher Stücke der modernen internationalen Dramenliteratur.

- b) Unter demselben Gesichtspunkt: Reorganisation des Theaterwesens im demokratischen Sektor von Berlin:
- Staatsoper: Erich Kleiber (Entwicklung der Staatsopernkapelle zu einem ausgezeichneten Klangkörper);
 - Komische Oper: Walter Felsenstein;
 - Verpflichtung eines der beiden Opernhäuser zum systematischen Aufbau eines klassischen Ballett-Ensembles;
 - Schaffung eines attraktiven Operettentheaters im Admiralspalast, das die Aufgabe hätte, vor allem die klassische Operette zu pflegen, daneben aber auch populäre neuere Operetten (z. B. von Franz Léhar, Paul Linke etc.) aufzuführen;
 - Deutsches Theater und Kammerspiele: Wolfgang Langhoff (mit der Verpflichtung, in erster Linie ausgezeichnete Klassiker-Aufführungen herauszubringen und bedeutende westdeutsche Regisseure und Schauspieler für sein Ensemble zu gewinnen oder für Gastspiele zu engagieren);
 - Theater am Schiffbauerdamm: Helene Weigel, Bertolt Brecht, avantgardistisches Theater (mit der Verpflichtung, regelmäßig Zeitstücke von hohem Niveau aufzuführen);
 - Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz: Hierfür Gewinnung eines geeigneten Intendanten von der Art Erwin Piscators (völlig ungeeignet ist Fritz Wisten)⁷;
 - Schaffung eines kleinen Boulevard-Theaters mit der Verpflichtung, leichte Unterhaltungsstücke aufzuführen; als Intendant käme Victor de Kowa oder ein Regisseur und Schauspieler seiner Art in Frage; eventuell zu diesem Zweck Wiederaufbau des kleinen Hauses der Komischen Oper an der Weidendammer Brücke, Friedrichstraße, Ecke Kupfergraben;
 - Stärkere Pflege des klassischen Balletts, des Volkstanzes und des modernen Ausdruckstanzes (Mary Wigmann, Palucca, Harald Kreuzberg) in Form von abendfüllenden Tanzprogrammen und in Form von Matineen in den dafür geeigneten Theatern;

⁷ (AH) Fritz Wisten wurde von Harich in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren mehrfach kritisiert, am deutlichsten sicherlich in dem *Brief an Anton Ackermann* vom 17. Juni 1949 (abgedr. in Band 1.3, S. 1481–1493), in dem es Harich darum ging, Bertolt Brecht einen möglichst hohen Einfluss im Kulturleben der SBZ/DDR zu sichern.

- Entwicklung des Theaters der Jugend zu einem echten Kinder- und Märchentheater;
 - Schaffung eines Varietés und eines Kabarets im demokratischen Sektor von Berlin;
 - Für später: Wiederaufbau des Staatstheaters auf dem Platz der Akademie; hierfür Gewinnung eines bedeutenden Intendanten (etwa Gustav Gründgens) mit der Verpflichtung, das führende Theater Deutschland aufzubauen;
 - Theater im Haus der Kultur der Sowjetunion: Maxim Vallentin.
- 3) Systematische Bemühung, westdeutsche, österreichische und schweizer Bühnenkünstler für die Arbeit an den Theatern der DDR zu gewinnen.
 - 4) Entwicklung der von Genossen Fritz Erpenbeck geleiteten Zeitschrift *Theater der Zeit* zu einem Organ von gesamtdeutscher und internationaler Bedeutung.
 - 5) Kritisch, aber sorgfältig differenzierend sollten Theateraufführungen in Westberlin und Westdeutschland in unserer Presse besprochen werden.
 - 6) Einrichtung von Theaterfestspielen gesamtdeutscher und internationaler Bedeutung in der DDR (nach der Art der Salzburger Festspiele und der Bayreuther Festspiele).

Teil IV: Verlagswesen

- 1) Vergebung von Lizenzen an vertrauenswürdige westdeutsche Verleger, den für uns irgend akzeptablen Teil ihrer Produktion in der DDR zu drucken und herauszubringen. (Zu denken ist zunächst an Suhrkamp, Rowohlt, Weidmannsche Verlagsbuchhandlung, Walter de Gruyter usw.)
- 2) Den traditionsreichen bürgerlichen Verlagen in der DDR (Insel-Verlag, Verlag Max Niemeyer/Halle usw.) sind größere Möglichkeiten zu geben, den wertvollen Teil ihrer früheren Objekte neu herauszubringen. In diesem Zusammenhang: Erteilung einer neuen Lizenz an den Verleger Felix Meiner (früher Leipzig) zur Neuherausgabe der *Philosophischen Bibliothek*.
- 3) In unseren Verlagen (Aufbau, Volk und Welt, Rütten und Loening etc.) Pflege des klassischen Erbes auf breiter Grundlage (z. B.: Herausgabe der literaturgeschichtlichen Standardwerke der liberalen Literaturhistoriker des 19. Jahrhunderts); Pflege auch solcher, teilweise problematischen Klassiker wie Friedrich Hebbel, Adalbert Stifter, Otto Ludwig usw.
- 4) Großzügigere Förderung von Verlagen, die Kunstbücher herausbringen.
- 5) Ermütigung des Akademie-Verlages, unter stärkerer Heranziehung bürgerlicher Philologen, historisch-kritische Gesamtausgaben der Klassiker der deutschen Philosophie

zu edieren. In diesem Zusammenhang: Neuherausgabe der Suphanschen Gesamtausgabe der Werke Herders; Schaffung einer historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke Hegels, die es überhaupt noch nicht gibt, und die in Westdeutschland trotz des Vorhandenseins geeigneter Mitarbeiter aus finanziellen Gründen nicht in Angriff genommen werden kann.

- 6) Stärkere Pflege des literarischen und philosophischen Erbes der griechischen und römischen Antike.

Teil V: Schulwesen

Bei voller Aufrechterhaltung und organisatorischer Weiterentwicklung aller Errungenschaften der demokratischen Schulreform sollten einige der traditionsreichen humanistischen Gymnasien auf dem Boden der DDR wieder aufgebaut werden (Joachimsthalsches Gymnasium, Graues Kloster). In diesen Gymnasien sollte die ausgiebige Pflege des Griechischen und Lateinischen kombiniert werden mit einem ausgezeichneten marxistischen Deutsch- und Geschichtsunterricht, der in den Händen unserer besten Genossen Lehrer auf diesem Gebiet liegen müsste. Dies wäre sowohl unserem gesamtdeutschen Ansehen förderlich, als auch notwendig unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung vielseitig gebildeter marxistischer Kader für die Fächer Philosophie, klassische Philologie usw.

Teil VI: Hochschulwesen

- 1) Beibehaltung der wirklichen Errungenschaften der Hochschulreform, namentlich der Arbeiter- und Bauernfakultäten, des hohen Anteils an Arbeiter- und Bauernkinder, der obligatorischen Vorlesungen über Grundlagen des Marxismus-Leninismus, marxistische politische Ökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung, sowie der Planmäßigkeit des Studiums.
- 2) Alle Überspitzungen des 10-Monate-Studienjahres sind rückgängig zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt sind vor allem die folgenden Erscheinungen einer kritischen Überprüfung und eventuellen Revision zu unterziehen.
 - a) Es besteht für die Studenten gegenwärtig keine Möglichkeit, das Studium mehrerer Fächer miteinander zu kombinieren (z. B. Geschichte und politische Ökonomie; Geschichte und Germanistik; Philosophie und klassische Philologie; Literatur- und Kunstgeschichte usw.). Selbstverständlich muss dafür Sorge getragen werden, dass nur sinnvolle Kombinationen solcher Fächer zulässig sind.

Jedoch sollte überlegt werden, ob es hinreichende Gründe dafür gibt, an der starren Abgrenzung der Fachrichtungen festzuhalten, zumal die allgemeinbildenden Vorlesungen und Übungen, die in die Studienpläne der Fachrichtungen eingebaut wurden, angesichts des derzeitigen Kräftemangels häufig nicht qualifiziert genug gehalten werden können.

- b) Die Anforderung, getrennte Vorlesungen und Übungen für die Studenten der verschiedenen Studienjahre zu halten, führt angesichts des obwaltenden Kräftemangels zu einer teilweise unerträglichen Überlastung der Dozenten auf einer Reihe von Gebieten.
- c) Das Prinzip, bestimmte Gebiete in Form von mehrjährigen, chronologisch aufgebauten Vorlesungszyklen zu behandeln, die jeweils für die neu immatrikulierten Studenten des ersten Studienjahres alljährlich neu begonnen werden müssen, führt zu teilweise unerträglichen Konsequenzen:
 - Die verfügbaren Dozenten werden maßlos überlastet, da sie gezwungen sind, mehrere solcher Vorlesungszyklen nebeneinander zu halten.
 - Der Stoff kann von den Studenten nur ganz oberflächlich angeeignet werden, da im Rahmen der Zyklen keine Möglichkeit besteht, auf Schwerpunktthemen mit der gebührenden Gründlichkeit einzugehen.
 - Die Dozenten sind gezwungen, über Gebiete zu lesen, die sie nur ungenügend kennen, haben aber andererseits nicht die Möglichkeit, ihre Spezialkenntnisse an die Hörer zu bringen, da deren Belastung durch den Studienplan die Einrichtung fakultativer Vorlesungen weitgehend illusorisch macht. (Z. B. muss ein Philosophiehistoriker, der Spezialist für die klassische deutsche Philosophie oder für die Philosophie der griechisch-römischen Antike ist, auch Vorlesungen über mittelalterliche Philosophie halten, gleichgültig, ob er dieses Gebiet schon ausreichend beherrscht oder nicht, hat aber keine Gelegenheit, sein ausgezeichnetes Spezialwissen über Platon, Aristoteles, Kant oder Hegel in gebührender Ausführlichkeit an den Mann zu bringen; richtet er fakultative Spezialvorlesungen hierüber ein – falls er dafür selber noch die Kraft aufbringt –, so können sie von den Studenten, die durch die Einhaltung des Studienplanes physisch erschöpft sind, nicht gehört werden.)
 - Der Versuch, die chronologisch aufgebauten mehrjährigen Vorlesungszyklen über Geschichte der Philosophie, Geschichte der deutschen Literatur, Kunstgeschichte usw. durch entsprechende Geschichtsvorlesungen zu ergänzen, führt, so richtig das Prinzip ist, angesichts der Heterogenität der Gesichtspunkte zu den absurdesten Erscheinungen. (So muss ein Philosophiestudent

zur Vorlesung über die Scholastik sich mit historischen Dingen wie den Details der Papst-Kaiser-Kämpfe des Mittelalters belasten, was ihm nicht im Mindesten hilft, die Problematik etwa der scholastischen Aristoteles-Rezeption historisch-gesellschaftswissenschaftlich zu verstehen.)

- Die jungen Dozenten sind angesichts der Anforderungen, die die Studienpläne an sie stellen, gezwungen, ihr Selbststudium zum Zweck höherer wissenschaftlicher Qualifikation zu vernachlässigen.
- Die Studenten können unmöglich in der Durcharbeitung der einschlägigen Originalwerke mit dem Fortgang der chronologisch aufgebauten mehrjährigen Vorlesungszyklen Schritt halten. Eine gründliche seminaristische Behandlung solcher Werke ist z. B. im Rahmen des Vorlesungszyklus über Geschichte der Philosophie überhaupt nicht möglich.
- Die Aktivierung örtlich vorhandener Spezialisten für die Hebung des Niveaus der Ausbildung der Studenten ist durch die starr-schematischen Studienpläne weitgehend unmöglich gemacht. (So besteht kaum die Möglichkeit, die Fachkenntnisse des Indologen Prof. Ruben oder die des Sinologen Eduard Erkes in Leipzig in Form von Vorlesungen über indische bzw. chinesische Philosophie für die Ausbildung der Studenten der Fachrichtung Philosophie an den betreffenden Universitäten nutzbar zu machen. Es besteht auch keine Möglichkeit, etwa die Berliner Philosophiestudenten an den wichtigsten Vorlesungen Prof. Karl Schröters, des einzigen hervorragenden Fachmannes für mathematische Logik in der DDR (der an der Berliner Universität liest) partizipieren zu lassen.)
- Alle diese Nachteile hat man blindlings in Kauf genommen aus der dilettantischen Vorstellung heraus, dass es der Systematik der Bildung dienlich sei, wenn jeder Student sich nach und nach die ganze Geschichte der Philosophie in der Reihenfolge »vom Urschleim bis Heidegger« aneignet, statt nach einer einjährigen Überblicksvorlesung über ausgewählte Schwerpunktthemen aus der Geschichte der Philosophie gründlich und für Hörer alles Studienjahre gemeinsam zu lesen. (Die genannten Schwierigkeiten und Komplikationen könnte ich anhand der Ausbildungsprobleme, vor denen die Fachrichtung Philosophie steht, und die sowohl in der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED als auch beim Staatssekretariat für das Hochschulwesen m. E. falsch gesehen werden, aus eigener Erfahrung anhand einer Fülle alarmierender Tatsachen genau belegen.)

- 3) Es ist selbstverständlich, dass die wirklichen Errungenschaften der Planung des Hochschulstudiums erhalten bleiben sollten und dass ein Rückfall in das Chaos und die Laxheiten der traditionellen »akademischen Lehr- und Lernfreiheit« nicht erfolgen darf. Es sollte jedoch möglich sein, den einzelnen Fakultäten zu überlassen, Studienpläne auszuarbeiten, die die örtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und gleichzeitig die Gewähr bieten, dass jeder Student im Verlauf seines drei- bis fünfjährigen Studiums systematisch das Fachwissen erwerben kann (und muss), dessen er bedarf. Die Festlegung turnusmäßig wiederkehrender Vorlesungen und Übungen über Schwerpunktthemen der verschiedenen Gebiete, die Einrichtung vorwiegend obligatorischer Vorlesungen für die Studenten der entsprechenden Fachrichtungen mit Prüfungszwang, die Beibehaltung der Zwischenprüfungen, die Ausarbeitung von Pflichtlektüre-Plänen, die innerhalb des gesamten Studiums zu bewältigen sind, die breite Heranziehung der örtlich verfügbaren Spezialkräfte usw. reichen dafür vollständig aus. Aber nur solche Fächer, bei denen dies personell und sachlich vertretbar ist, sollten generell für bestimmte Studienabschnitte angesetzt und für die Hörer verschiedener Studienjahre getrennt werden.
- 4) Es ist dafür zu sorgen, dass die Studenten außerhalb des Universitätsbetriebes mehr Gelegenheit haben, etwas für ihre Allgemeinbildung zu tun.
- 5) Bei bestimmten Fächern muss geprüft werden, ob die Einrichtung des jährlichen Berufspraktikums angemessen und zweckmäßig ist, und ob sie für diese Fächer nicht vielmehr durch die Verpflichtung zur Durcharbeitung obligatorischer Lektüre ersetzt werden sollte.
- 6) Für die marxistische Beeinflussung der bürgerlichen Professoren und Dozenten sollten Formen gefunden werden, die nicht als Belästigung empfunden werden. Wichtig wäre, dass die Genossen Professoren und Dozenten mit den bürgerlichen Dozenten im kleinen Rahmen gegenseitiger Besuche und im großen Rahmen geeigneter akademischer Veranstaltungen einen engen geselligen Verkehr pflegen.

Teil VII: Wissenschaft

- 1) Bessere Versorgung der Wissenschaftler der DDR mit Fachliteratur, auch mit im Westen erschienener und ausländischer.
- 2) Förderung der Teilnahme von Wissenschaftlern aus der DDR an westdeutschen wissenschaftlichen Tagungen; Veranstaltung wissenschaftlicher Tagungen in der DDR, Einladung westdeutscher Wissenschaftler zu solchen Tagungen.

- 3) Schaffung wissenschaftlicher Gesellschaften auf überparteilicher Grundlage für die verschiedenen Fächer. Aufgabe dieser Gesellschaften sollte es sein:
- a) Der Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungskampfes in Wort und Schrift zu dienen.
 - b) Enge Beziehungen zu den Wissenschaftlern in Westdeutschland zum Zwecke des freien wissenschaftlichen Gedankenaustausches herzustellen.
 - c) Fachzeitschriften von gesamtdeutschem und internationalem Rang herauszugeben.⁸
 - d) Außerakademische Arbeitsgemeinschaften des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fördern.
 - e) Die Bemühungen um Popularisierungen der Wissenschaft auf ein höheres Niveau zu heben.
 - f) Durch festliche Begehung von Gedenktagen bedeutender Wissenschaftler der Vergangenheit die nationalen Kulturtraditionen zu pflegen.
 - g) Den Meinungs austausch mit ausländischen Kollegen in Ost und West zu pflegen.
 - h) Wissenschaftliche Tagungen und Kongresse von gesamtdeutscher und internationaler Bedeutung abzuhalten.

Hinzugefügt sei hier, dass selbst auf einem so heiklen Gebiet wie dem der Philosophie die Gründung einer solchen wissenschaftlichen Gesellschaft wünschenswert wäre. In den Vorstand könnten nach meiner Meinung die folgenden Persönlichkeiten aufgenommen werden: Prof. Dr. Ernst Bloch, Leipzig (parteiloser Marxist), Prof. Dr. Arthur Baumgarten, Berlin (SED), Prof. Dr. Karl Schröter, Berlin (parteiloser Sympathisierender, Vertreter einer materialistischen Richtung in der mathematischen Logik), Prof. Dr. Günter Jacoby, Greifswald (politisch loyal, Vertreter einer dem philosophischen Materialismus nahestehenden Richtung der modernen Ontologie), Prof. Dr. Paul F. Linke, Jena (politisch loyal, in der Weimarer Zeit linker Sozialdemokrat, Vertreter einer materialistischen Theorie der formalen Logik), Prof. Dr. Hans Pichler, Greifswald (politisch loyal, bedeutender Leibniz- und Christian-Wolff-Forscher), Prof. Kurt Hager,

⁸ (AH) Diese gesamtdeutsche bzw. internationale Bedeutung war immer der Anspruch, den Harich an die von ihm als Chefredakteur betreute *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* stellte, deren Erscheinen 1953 begann. Daher weigerte er sich auch, bestimmte Vorgaben Kurt Hagers und anderer umzusetzen. Ganz im Gegenteil setzte er auf die emanzipativen Potentiale der marxistischen Philosophie und Kultur. Jede Nummer der Zeitschrift sollte einen Artikel von Lukács enthalten, so Harichs Vorgabe. Nach seiner Verhaftung schlug die Zeitschrift dann den parteilich gewünschten Weg ein. Die entsprechenden Dokumente druckt, mit Hinweisen auf die Parteikritik usw., der Band 1.3, S. 1651–1732. Siehe außerdem die weiteren Hinweise, verstreut in den Bänden der Edition, u. a. Band 9.

Berlin (SED), Prof. Dr. Georg Klaus, Jena (SED), Dr. Wolfgang Harich (SED). Zwischen den genannten bürgerlichen Professoren und den genannten Genossen besteht auf Grund der früheren Zusammenarbeit im Beirat für Philosophie ein loyales, teilweise freundschaftliches Verhältnis. Die genannten bürgerlichen Professoren sind zu sachlicher Auseinandersetzung mit den Vertretern des dialektischen Materialismus durchaus bereit. Da nun Prof. Jacoby Vorstandsmitglied der philosophischen Gesellschaft in Westdeutschland und Prof. Linke Mitherausgeber der westdeutschen *Zeitschrift für philosophische Forschung* ist (die sich bisher politischer Gehässigkeiten gegen uns enthalten hat und in der Vertreter ausgesprochen obskurantistischer Richtungen nicht zu Wort kommen), während Prof. Karl Schröter, als Mitherausgeber der in der DDR erscheinenden, vorwiegend marxistischen *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und Direktor des Instituts für mathematische Logik an der Berliner Humboldt Universität, gleichzeitig enge Beziehungen zu westdeutschen Vertretern der mathematischen Logik unterhält, wäre eine philosophische Gesellschaft der DDR mit einem solchen Vorstand eine geeignete Ausgangsbasis, den dialektischen Materialismus auf dem Wege der freien Diskussion, des Austausches von Büchern usw. auch an die philosophisch interessierten Kreise in Westdeutschland heranzutragen, mit den dort vorhandenen halbwegs fortschrittlichen Richtungen ein Bündnis herzustellen und die extrem reaktionären Richtungen der bürgerlichen Philosophie zu isolieren. Auf verschiedenen anderen Wissenschaftsgebieten liegen die Dinge zum Teil noch günstiger.

- 4) Der Aufbau bestimmter Institute von gesamtdeutscher Bedeutung innerhalb der Akademie der Wissenschaften – Institute, die auf dem Papier längst existieren – sollte energisch in Angriff genommen werden. Wichtig wäre u. a. der Aufbau eines philosophischen Instituts der Akademie unter Leitung von Arthur Baumgarten, Ernst Bloch u. a.
- 5) Die Akademie der Wissenschaften sollte ermutigt werden, neue Editionen in Angriff zu nehmen, die in ganz Deutschland als Kulturtaten ersten Ranges gewürdigt werden würden. (Beispiele: Neuauflage der Suphanschen Herder-Ausgabe, historisch-kritische Hegel-Ausgabe, Neuausgaben der gesammelten Hefte der klassischen deutschen Philosophie- und Literaturzeitschriften wie der *Heroen*, des *Kritischen Journals* von Schelling und Hegel usw.)
- 6) Der Akademie der Wissenschaften sollte empfohlen werden, die mehr als zweihundertjährige Tradition wieder aufzunehmen, auf den verschiedensten Gebieten wissenschaftliche Preisaufgaben bei Ermöglichung gesamtdeutscher Beteiligung zu stellen.

Teil VIII: Nationalpreise⁹

Den Nationalpreisen der DDR sollte in höherem Maße als bisher eine gesamtdeutsche Bedeutung gegeben werden. Für die Verleihung des Nationalpreises erster Klasse schlage ich für 1953 (um den Rang anzudeuten) Persönlichkeiten wie Thomas Mann, Erich Kleiber, Wilhelm Furtwängler, Gustav Gründgens, Georg Lukács vor. Ferner schlage ich vor, Nationalpreise an Ernst Bloch, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank u. a. zu verleihen. Schließlich wäre zu überlegen, ob nicht z. B. die deutsche Nanga-Parbat-Expedition 1953 mit einem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet werden sollte.

Teil IX: Herder-Jubiläum 1953

Die festliche Begehung des 125. Todestages von Johann Gottfried Herder im Dezember 1953 ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, die kulturellen Beziehungen zwischen Ost und West enger zu knüpfen. Das Jubiläum könnte auf breitester Grundlage begangen werden: Da Herder einer der bedeutendsten liberalen Theologen des 18. Jahrhunderts war, wäre die Beteiligung von fortschrittlichen Kreisen der evangelischen Kirche ganz Deutschlands möglich, Herders vielfältige literarische und philosophische Lebensleistung, seine Bedeutung als Volkslied-Entdecker, als Anreger des Sturm und Drang und Lehrer des jungen Goethe, als Begründer der dialektischen deutschen Kulturphilosophie, als Freund der slawischen Kultur, als Anhänger der Französischen Revolution usw. gäbe gleichzeitig großartige Möglichkeiten für eine Würdigung von marxistischer Seite. Bei Gelegenheit des Herder-Jubiläums könnte durch die Regierung der DDR die Neuherausgabe der Suphanschen Herder-Gesamtausgabe beschlossen werden, was seinen Eindruck auf die Intelligenz in ganz Deutschland nicht verfehlen würde.

Teil X: Ausstellungswesen

- 1) Den Museen sollte die Möglichkeit gegeben werden, möglichst bald alle ihre noch vorhandenen Schätze der Bevölkerung zugänglich zu machen, darunter auch problematische Werke der modernen Kunst, sofern es sich nicht um ausgesprochen abstrakte Machwerke, Kubismus u. dgl., handelt.

⁹ (AH) Im Manuskript als Punkt 6 des VII. Teils. Dort durchgestrichen und neu eingefügt mit eigener Überschrift.

- 2) In allen größeren Städten sollten ständige Galerien für die Ausstellung von Werken zeitgenössischer deutscher Malerei und Bildhauerei eingerichtet werden.
- 3) Die Anregung Johannes R. Bechers, Museen der Reproduktionen zu schaffen, sollte in großem Stil verwirklicht werden.
- 4) Die Akademie der Künste und der Verband bildender Künstler sollten ermutigt werden, Ausstellungen mit Werken moderner fortschrittlicher Maler Frankreichs und Italiens im demokratischen Sektor von Berlin zu veranstalten.

Teil XI: Konzertwesen

- 1) Es sollte die Aufgabe in Angriff genommen werden, in der DDR ein erstklassiges Symphonie-Orchester – auf dem Niveau des Philharmonischen Orchesters – zu entwickeln. Für Gastkonzerte mit diesem Orchester sollten Dirigenten wie Wilhelm Furtwängler, Erich Kleiber, Eugen Jochum, Clemens Krauss usw. gewonnen werden.
- 2) Vor allem im demokratischen Sektor von Berlin sollte das Konzertleben aktiviert und reicher und kontinuierlicher gestaltet werden. Es muss erreicht werden, dass Symphonie-Konzerte, Lieder-Abende, Kammerkonzerte, Chorkonzerte usw. zu ständigen, Woche für Woche nicht fortzudenkenden Erscheinungen des Kulturlebens im demokratischen Sektor von Berlin werden, was sie nicht sind.
- 3) Es sind Maßnahmen zu treffen, um ein großes Rundfunk-Tanzorchester, nach der Art unseres früheren RBT-Orchesters, aufzubauen. Auch dieses Orchester müsste öffentliche Konzerte geben. Allzu kleinliche Bedenken in Bezug auf den Jazz sind zurückzustellen – bei selbstverständlicher Ausschaltung solcher Auswüchse, wie es die Westberliner Boogie-Woogie-Turniere usw. sind. Ohne schmissige Jazz-Musik, neue Schlager usw. haben wir keine Möglichkeit, den Rias zu schlagen und die Bedürfnisse breiter Massen nach Unterhaltung und Vergnügen zu befriedigen.
- 4) Gastspiele von Chören und Volkstanzgruppen, bedeutenden Solisten usw. aus der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie sollten häufiger als bisher ermöglicht werden.
- 5) Der Veranstaltung von Kirchenkonzerten mit klassischer Orgelmusik, Kantaten, Motetten, Oratorien usw. ist vor allem im demokratischen Sektor von Berlin größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken.

Teil XII: Kunstgewerbe

- 1) Der Förderung des modernen Kunstgewerbes ist im Allgemeinen größere Aufmerksamkeit zu schenken.
- 2) Traditionsreichen Betrieben wie der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meißen sollten im Rahmen ihrer Produktionspläne größere Möglichkeiten zur Entwicklung neuer künstlerischer Entwürfe gegeben werden. Gleichzeitig sollten bestimmte, außerordentlich populäre traditionelle Objekte dieser Betriebe, die in den vergangenen Jahren nur für den Export produziert wurden, auch auf den deutschen Markt gelangen.

Teil XIII: Antiquitäten, Antiquarische Bücher

Dem Aussterben der bei der Intelligenz so außerordentlich beliebten Buch-Antiquariate und Antiquitäten-Geschäfte ist durch energische Maßnahmen entgegenzuwirken. Buchhändler und Antiquitäten-Händler, die auf diesen Gebieten Erfahrung haben und beim Publikum eingeführt sind, sollten ermutigt werden, ihre Geschäfte wieder aufzubauen. Beschlagnahmtes Eigentum sollte ihnen nach Möglichkeit zurückerstattet werden. Dasselbe gilt für Händler mit Kupferstichen u. dgl., für Miteigentümer von Bücherkarren usw.

Vorschläge zur Verbesserung der Presse in der DDR¹⁰ (15. September 1953)

Im Rahmen des neuen Kurses unserer Politik sollten Partei und Regierung möglichst bald einschneidende und umfassende Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Wirksamkeit und Überzeugungskraft unserer Presse zu steigern. In dieser Frage ist in der Vergangenheit besonders viel gesündigt worden. Es ist daher leider eine Tatsache, dass die Massenwirksamkeit unserer Presse, zumindest in propagandistischer Hinsicht, minimal ist.¹¹ Diesen Zustand gilt es klar und illusionslos zu erkennen; es gilt seine Ursachen aufzudecken und in kürzester Frist alles in unserer Kraft Stehende zu tun,

¹⁰ (AH) Der Entwurf ist datiert auf den 15. September 1953.

¹¹ (AH) Siehe hierzu die drei Jahre später von Harich zu Papier gebrachten Gedanken zur Wirksamkeit der Philosophie in der DDR, in: *Über die Lage und die Aufgaben der marxistischen Philosophie in der DDR*, abgedr. in Band 1.3, S. 1692–1732.

um ihn zu überwinden. Die folgenden kritischen Bemerkungen und positiven Vorschläge sollen dazu beitragen.

Teil I: Hauptsächliche Mängel unserer Presse

1. Es wird in unserer Pressearbeit nicht – oder viel zu wenig – berücksichtigt, dass die Masse unserer Bevölkerung nicht homogen, sondern in sozialer und geistiger Hinsicht außerordentlich differenziert ist, dass also die verschiedenen Kreise und Schichten der Bevölkerung mit je verschiedenen, eigens auf sie abgestimmten presse-propagandistischen Mitteln angesprochen und politisch beeinflusst werden müssen. Gehen wir die verschiedenen sozialen Schichten, aus denen sich die Bevölkerung der DDR zusammensetzt, durch und fragen wir, welche speziell für sie bestimmten Zeitungen jeweils existieren, so stellen wir Folgendes fest:

a) Für die Massen der städtischen Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, kleinen Warenproduzenten usw. haben wir zwar eine, wenn auch verbesserungsbedürftige, so doch prinzipiell geeignete Abendzeitung (die *BZ am Abend*), dies aber auch nur in Berlin. Wir haben jedoch keine Morgenzeitung, die speziell auf die Bedürfnisse, Interessen und Neigungen dieses größten Teiles der Bevölkerung abgestimmt wäre. Die *Tägliche Rundschau* und das *Neue Deutschland* kommen wegen der Schwerfälligkeit ihres Formats und ihrer Aufmachung, wegen der Länge ihrer Artikel, der Abstraktheit ihrer theoretischen Beiträge, des fast völligen Mangels an leichtem Unterhaltungsstoff usw. dafür überhaupt nicht in Betracht. Was die *Berliner Zeitung* angeht, so bildet sie zwar eine gewisse Ausnahme. Wir müssen uns aber darüber klar sein, dass sie nur in Ermangelung eines besseren, mehr geeigneten Blattes verhältnismäßig populärer ist als die *TR* und das *ND*. An sich stellt sie eine ziemlich unglückliche Mischung heterogener Elemente dar. Nachrichten plus Leitartikel zusammengenommen – für eine große Tageszeitung zu wenig, für ein populäres Morgenblatt zu viel. Das Feuilleton ist erstens für eine große Tageszeitung zu dürrig und für ein populäres Morgenblatt zu kompakt und schwankt zweitens in inhaltlicher Beziehung ständig zwischen populärer Unterhaltung und intellektuellen Präntionen derart, dass das ganze »weder Fisch noch Fleisch« ist. Die letzte Seite schließlich entspricht einem auf den spießbürgerlichen Geschmack abgestimmten Lokalblättchen. So enthält die *BZ* war Elemente einer populären Morgenzeitung, die aber durch ganz andersartige Beimengungen paralytisiert werden. Wenn sie sich der Konkurrenz der für die Massen bestimmten Westberliner Morgenzeitungen

ausgesetzt sähe, würde sie sich allein schon aus diesem Grund schwerlich dagegen behaupten können.

b) Wir haben keine Zeitung, die der besonderen Aufgabe, den Mittelstand antiimperialistisch zu beeinflussen, gewidmet wäre. Der Versuch, dies mit Hilfe der *Berliner Zeitung*, der *Nationalzeitung*, der *Neuen Zeit* und des *Morgen* zu tun, kann deshalb keinen durchschlagenden Erfolg haben, weil diese Blätter a) keinen Wirtschaftsteil, der den Ansprüchen der Fabrikanten, Kaufleute, Kleingewerbetreibenden usw. entspräche, aufweisen, und weil sie b) als Nachrichtenquelle in außenpolitischer Hinsicht viel zu dürftig sind. Eine antiimperialistische Beeinflussung breiter mittelständischer Schichten ist in der DDR durchaus möglich – und zwar auf Grund der objektiven Tatsache, dass der Mittelstand in Westdeutschland wie in den kapitalistischen Ländern überhaupt von den Monopolen, Trusten, Kartellen usw. bedroht ist, von einer Wirtschaftskrise aufgerieben werden wird und von forcierter Kriegsrüstung ebenfalls nur den Schaden hätte. Hiervon können aber die mittelständischen Existenzen in der DDR nicht allein durch – womöglich ganz allgemein gehaltene Argumente – überzeugt werden. Was ihnen gegenüber nottut, ist vielmehr, neben und mit der politischen Agitation, eine sorgfältige, umfassende, sich auf ein breites statistisches Material aus den kapitalistischen Ländern stützende ökonomische Argumentation. Ferner muss bedacht werden, dass die Angehörigen des Mittelstandes außerordentlich daran interessiert sind, ständig mit Nachrichten über die politischen Ereignisse in allen Ländern der Welt bedacht zu werden, dass sie überhaupt die Argumentation einer Zeitung nur dann zu prüfen und ernst zu nehmen geneigt sind, wenn diese ihnen schnell, umfassend, mit internationaler Horizontweite ein riesiges Nachrichtenmaterial aus aller Welt bietet. Das ist in keiner der genannten Zeitungen der Fall, ebensowenig wie man in keiner einzigen von ihnen einen in qualitativer und quantitativer Hinsicht angemessenen Wirtschaftsteil findet.

c) In keiner einzigen Zeitung der DDR werden die besonderen geistigen Ansprüche der Intellektuellen befriedigt, die vom Dorfschullehrer und vom Ingenieur bis zum namhaften Künstler und Wissenschaftler – nicht nur qualitativ überaus wichtige gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, sondern auch quantitativ, zusammen mit den geistig aufgeschlossenen Teilen der Arbeiterklasse, mit geistig interessierten Angehörigen des Mittelstandes, mit Oberschülern, Studenten usw. – einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung ausmachen. Die Kulturteile der *TR* und des *ND* sind in ihrer Thematik zu eng, in der Argumentation zu grob, in stilistischer Hinsicht zu ungepflegt,

in der Theater-, Literatur- und Filmkritik zu niveaulos und außerdem unpünktlich, als dass sie den Intellektuellen etwas geben könnten (von einzelnen Artikel, die dann und wann erscheinen, natürlich abgesehen). Der Kulturteil der *Berliner Zeitung*, mit dem es ein wenig besser steht, ist wieder umfangmäßig zu klein. Dazu kommt, dass die kulturpolitischen Redakteure der *Berliner Zeitung* auf dem geringen Raum, der ihnen zur Verfügung steht, die Unterhaltungsaufgaben einer populären Morgenzeitung für die Massen mit den Aufgaben eines anspruchsvollen Feuilletons für die Intelligenz zu verbinden suchen und dabei weder den einen, noch den anderen Teil ihrer Leser zu befriedigen im Stande sind. Eine Reihe guter, für die Beeinflussung der Intelligenz geeigneter Artikel ist regelmäßig in der Wochenzeitung *Sonntag* zu finden. Als Ganzes ist diese Wochenzeitung aber ebenfalls zu mittelmäßig und uninteressant, als dass sie die Intelligenz ansprechen könnte. Äußerst unglücklich sind vor allem auch ihr Format, ihre Aufmachung und ihr dürftiger Umfang, sowie die Tatsache, dass sie ein undefinierbares Mittelding zwischen einem literarisch-kritisches Intellektuellenblatt und einer auf den kleinbürgerlichen Durchschnittsgeschmack abgestimmte Illustrierten darstellt. Schon der Titel *Sonntag* diskreditiert sie bei den Kreisen, auf die sie wirken soll, als geistig subaltern.

d) Für die bäuerliche Bevölkerung existiert die Wochenzeitung *Der freie Bauer*, von der ich nicht abzusehen vermag, ob und wie weit sie ihre Aufgabe erfüllt. Fest steht jedenfalls, dass ein ständig wirkender pressepropagandistischer Einfluss auf die kleinstädtische und Landbevölkerung nur gewährleistet werden kann, wenn die Provinzzeitungen einen bei weitem größeren Raum der kontinuierlichen, umfassenden und sorgfältigen Behandlung der örtlichen Probleme in den Bezirken und Kreisen widmen, statt, wie es bisher vielfach der Fall war, Miniaturausgaben der große zentralen Organe zu sein, die – wenn sie interessant genug sind – neben der Provinzpresse auch noch gelesen werden.

2. In unserer gesamten Pressearbeit wird nicht genügend berücksichtigt, dass die Bevölkerung der DDR – in einem viel stärkeren Maße als die der Volksrepubliken – dem direkten unmittelbaren ständigen Einfluss der feindlichen Agitation ausgesetzt ist, die durch die in Westberlin stationierten gegnerischen Rundfunksender verbreitet wird. Tatsache ist, dass diese Sender von dem weitaus größten Teil der Rundfunkhörer in der DDR laufend angehört werden. Unter diesen Umständen können wir gewisse Praktiken, die in anderen Ländern einen Sinn haben, weil sie dort tatsächlich die Massen vor politisch verwirrenden Einflüssen schützen, einfach nicht leisten. Wir erreichen, wenn wir fortfahren, diese Praktiken auch bei uns anzuwenden, nur, dass die Bevölkerung

unsere Zeitungen für unzuverlässig hält und der Agitation der Feindsender in die Arme getrieben wird. Dies bezieht sich vor allem auf folgende Punkte:

a) Grundsätzlich sollten wir damit Schluss machen, politisch belangvolle Nachrichten, die die Bevölkerung vorübergehend irritieren könnten, in unserer Presse zu verschweigen oder sie erst um Tage, gar Wochen verspätet zu bringen. Die Nachrichtengebung in unserer Presse muss vielmehr so pünktlich und zuverlässig werden, ja, sie muss so sichtbar auf strenge Objektivität präbendieren, dass die Meinung breiter Bevölkerungsteile, die Feindsender seien bessere Informationsquellen als unsere Zeitungen, radikal überwunden werden kann. Um hierfür ein Beispiel zu nennen:

Noten der Westmächte an die SU, etwa die Deutschlandfrage betreffend, pflegen in unserer Presse erst zusammen mit der sowjetischen Antwort veröffentlicht und kommentiert zu werden, also oft erst Tage und Wochen später. Abgesehen davon, dass dies die Bevölkerung regelmäßig verärgert – sie fühlt sich dabei nämlich pädagogisch gegängelt und als politisch unreif behandelt –, ist es unter den gegebenen Bedingungen, unter denen wir propagandistisch zu arbeiten haben, ein gänzlich ungeeignetes Mittel, den Einfluss der gegnerischen Argumentation, die in derartigen Noten der Westmächte zu enthalten sein pflegt, zu paralisieren. Wir dürfen nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken und uns der Tatsache verschließen, dass unsere Presse in solchen Fällen durch Ignorierung der Noten im Augenblick ihrer Veröffentlichung durch den Westen jedesmal Massen von Menschen den Feindsendern zutreibt und sie damit nicht nur dem irritierenden Einfluss der Noten selbst, sondern außerdem auch noch der Wirkung der gegnerischen Kommentare aussetzt, während wir, wenn wir die Noten sofort in vollem Wortlaut veröffentlichen würden, immerhin noch die Chance hätten, dass unsere Kommentare ebenfalls gelesen würden. Ich sage dies sehr offen, auch auf die Gefahr hin, des Objektivismus bezichtigt zu werden. Ich bin der Ansicht, dass das Bestreben unserer Presse, den Objektivismus zu vermeiden, sehr oft in eine politisch schädliche Vogel-Strauß-Politik und in ungewollte Zutreiberdienste für den Rias umgeschlagen ist. In einem Land wie der DDR ist es eben völlig sinnlos, möglicherweise irritierenden Nachrichten dadurch entgegenwirken zu wollen, dass man sie der Bevölkerung einfach vorenthält. Man erreicht damit nicht das, was man anstrebt, nämlich die betreffenden Nachrichten unbekannt zu halten; man erreicht vielmehr nur, dass die Vertrauenswürdigkeit unserer Presse in informatorischer Hinsicht in Frage gestellt und ihre Überzeugungskraft geschmälert wird, während sich gleichzeitig die Anzahl der Hörer der Feindsender ständig erhöht.

b) Dasselbe gilt für Schwierigkeiten, die sich in unserer Aufbauarbeit ergeben. Auch die müssen möglichst offen ausgesprochen werden, freilich unter gleichzeitiger Erklärung ihrer Ursachen und unter Aufzeigung der Mittel und Wege zu ihrer Überwindung, wenn der Einfluss der Feindsender paralyisiert werden soll. Jede Schönfärberei, jedes vage Herumreden um unerfreuliche Tatsachen verärgert die Leser, zumal die werktätigen Leser, und leistet den Feindsendern Zutreiberdienste, denen es nicht um die Behebung der Schwierigkeiten, sondern – im Gegenteil – darum geht, sie als angeblich ausweglos hinzustellen und so ein Gefühl der Ausweglosigkeit, des grauen Pessimismus usw. bei unserer Bevölkerung zu erzeugen.

c) Schließlich beruht die Wirkung der Feindsender darauf, dass sie laufend Nachrichten über die politischen Ereignisse aus allen Ländern der Welt bringen, während der Nachrichtenteil unserer Presse – und namentlich bei der *TR* und des *ND* – vorwiegend auf wirtschaftliche und innenpolitische Angelegenheiten der DDR orientiert ist, was dazu führt, dass unsere Presse als uninteressant betrachtet wird, ja, dass sie den Lesern (vor allem den kleinbürgerlichen und intellektuellen Lesern) geradezu das Gefühl suggeriert, sie seien von der konkreten und ständigen Kenntnisnahme der Weltereignisse ausgeschlossen. Dass es so bleiben muss, ist um so weniger einzusehen, als es ja kaum ein wichtiges politisches Ereignis in der Welt, gerade auch in der kapitalistischen, gibt, das nicht die Richtigkeit unserer Politik bestätigte. Eine laufende, ganz konkrete Berichterstattung zum Beispiel über Ereignisse, die die Risse und Widersprüche im imperialistischen Lager, die Unterdrückungspraktiken des Imperialismus gegenüber den abhängigen Völkern usw. bekunden, wäre propagandistisch für uns von größtem Wert. Wie aber sieht es in dieser Hinsicht in unseren Zeitungen aus? Im *ND* vom 11. September 1953 sind auf der ersten Seite (!) überhaupt keine Auslandsmeldungen zu finden. Statt dessen findet man dort Meldungen mit den Überschriften *2600 neue Wohnungen entstehen im Bezirk Dresden, Vom formschönen Schuh bis zum Popelinmantel wird alles zu kaufen sein, Irene Weiß wurde die erste Lehrschweißerin der DDR, Delegationen ausländischer Widerstandskämpfer in Weimar*. Die *TR* vom gleichen Tag bringt auf ihrer ersten Seite nur eine einzige Auslandsmeldung (über das Eintreffen der koreanischen Regierungsdelegation in Moskau), dafür aber die folgenden Schlagzeilen: *Stolze Produktionsleistungen der Wismut-Kumpel* (als Hauptschlagzeile), *DDR hilft westdeutschem Erntemaschinenbetrieb, Verpflichtung der ausgezeichneten Leuna-Arbeiter, Arbeiten am Hochhaus Nord gehen zügig voran*. Es steht außer Frage, dass eine solche Praxis der Nachrichtengebung unsere Zeitungen für breiteste Massen ungenießbar macht.

3. Unsere Presse ermüdet den Leser durch ein Übermaß an politischen Appellen (statt Nachrichten plus Analysen), durch eine allzu große Häufung von Superlativen und Begeisterungs-Vokabeln, sowie dadurch, dass mit inhaltsschweren Ausdrücken wie »Wende der deutschen Geschichte«, »Schicksalsstunde der Nation«, »Es geht um Leben und Tod unseres Volkes« usw. allzu freigiebig umgegangen wird. Die Überladung mit Appellen ist z. B. daraus in typischer Weise ersichtlich, dass von sechs Nachrichten-Schlagzeilen im *ND* vom 11. September 1953 drei wie folgt lauten: *Gegen Adenauers Kriegsprogramm die Einheit der Arbeiterklasse!, 10 000 Einwohner von Aue: Jetzt erst recht alles für die friedliche Wiedervereinigung!, Wachsamkeit und Vorsicht sind jetzt notwendiger als je zuvor.* Zweifellos ist das inhaltlich alles völlig richtig. Aber die Aufmerksamkeit des Lesers stumpft unweigerlich ab, wenn er Tag für Tag mit derartigen Appellen überfüttert wird. Eine sachliche, umfassende, im Ton ruhige Nachrichtengebung würde, zusammen mit klaren überzeugenden Kommentaren, die die konkreten Tatsachen analysieren und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen für das Handeln der Massen ziehen, sehr viel stärker wirken. Ebenso würden Appelle ein stärkeres Gewicht erhalten, wenn sie nur selten, in besonderen Fällen im Nachrichtenteil der Zeitungen erschienen.

4. Als propagandistisch absolut schädlich muss man die Gepflogenheit betrachten, Standard-Interviews mit einzelnen Personen zu veröffentlichen, die ihrer Zustimmung zu unserer Politik Ausdruck geben. Was soll z. B. propagandistisch damit bezweckt werden, dass bei einer Herabsetzung von Marmeladenpreisen u. dgl. eine Nachricht veröffentlicht wird, wonach die Hausfrau Emilie Schulze erklärt hat, dass für unsere Regierung die Sorge um den Menschen im Vordergrund stehe? Diese Schlussfolgerung muss im Kommentar der Redaktion stehen, falls die Tatsache nicht für sich selbst sprechen sollte und falls das Wort von der Sorge um den Menschen in einem solchen Kontext nicht als allzu gewichtig erscheint. Wenn wir den Kommentar, in falsch und grob verstandener »Volkstümlichkeit«, dem Dreher X, der Hausfrau Y und dem alten Mütterchen Z in den Mund legen, überzeugen wir niemanden, im Gegenteil: Mit derartigen Standard-Interviews versteht es unsere Presse, regelmäßig auch die besten, überzeugendsten Maßnahmen unserer Regierung lächerlich zu machen.

5. Es wird bei uns völlig ungenügend der Tatsache Rechnung getragen, dass die Bevölkerung die Presse als ein geistiges Genussmittel betrachtet, und dass nur eine solche Zeitung Anklang finden kann, die die entsprechenden Bedürfnisse befriedigt. Die Interessenheit der Aufmachung, die sorgfältig durchdachte Formulierung der Schlag-

zeilen – abgestimmt auf den je bestimmten Leserkreis, an den man sich wendet – der inhaltlich geistvolle, stilistisch prägnante politische Leitartikel, die geschliffene ironische Polemik, die schlagfertige Glosse, das amüsante Feuilleton, die kluge, gebildete Theater- und Filmkritik, die geschmackvolle Auswahl und Anordnung von Illustrationen, die gute Reportage, die populärwissenschaftliche Belehrung usw., – alle diese unentbehrlichen Mitteilungs- und Überzeugungsmittel eines guten Journalismus werden in unserer Presse unter sträflicher Missachtung der Ansprüche der Leser unterschätzt und vernachlässigt.

6. Es wird bei uns die Notwendigkeit verkannt, traditionelle Zeitungstypen, die sich in der Vergangenheit bei der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuten, in Umfang, Format, typographischer Gestaltung, Anordnung der Rubriken usw. zu neuem Leben zu erwecken und mit neuem, unserem Inhalt zu füllen. Es handelt sich hier um ein eklatantes Beispiel der Unterschätzung der nationalen Form, in die der sozialistische Inhalt gefasst werden muss, um einen nationalen Resonanzboden finden zu können. Warum haben wir keine sozialistische *Berliner Morgenpost* und kein sozialistisches *Berliner Tageblatt*? Warum haben wir uns niemals bei der Gründung neuer Zeitungen überlegt, an welche traditionsreichen Blätter der Vergangenheit wir in formaler Hinsicht anknüpfen könnten, um einen bestimmten Leserkreis besser zu erreichen? Die Gedankenlosigkeit, mit der in dieser Hinsicht verfahren wurde, ist einfach beispellos.

7. Allgemein wird bei uns die Möglichkeit unterschätzt, mit unseren Zeitungen einen Einbruch in Westdeutschland, zumindest aber in Westberlin zu erzielen. Unsere Zeitungen werden formal und in Bezug auf ihren Themenkreis meist so gestaltet, als ob es völlig gleichgültig wäre, ob ihre Lektüre von breiten Kreisen im Westen begehrt wird oder nicht. Dabei ist sicher, dass unsere Zeitungen, wenn wir sie grundlegend verbessern, im Westen massenhaft illegal verbreitet werden würden, ohne dass wir dafür einen Finger zu rühren brauchten.

Teil II: Konkrete Vorschläge

1. Wie ich hörte, ist dem Genossen Fred Oelßner¹² im Sekretariat des ZK unserer Partei die Anleitung der Pressearbeit übertragen worden. Nach meiner Meinung ist

¹² (AH) Oelßner war schon Adressat von Harichs *Hegel-Denkschrift*, abgedr. in Band 5, S. 121–159. Mit dem Text wehrte sich Harich am 29. März 1952 (neben weiteren Wortmeldungen) gegen die massive Kritik der SED an ihm, seinen philosophischen Überle-

Fred Oelßner selbstverständlich in der Lage, in großen Zügen die Linie unserer zukünftigen Pressearbeit anzugeben. Es muss jedoch klar sein, dass er über wenig konkrete journalistische Erfahrung verfügt. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass ein erfahrener, »mit allen Wassern gewaschener« Journalist ihm für die Umsetzung der Generallinie ins konkrete journalistische Detail zur Seite gestellt wird. Ihren journalistischen Fähigkeiten nach kommen dafür m. E. vor allem die folgenden Genossen in Frage: Alexander Abusch, Hermann Burckhardt, Gerhart Eisler, Albert Norden, Heinz Schmidt. Das Urteil guter Journalisten unter unseren Genossen über die Genossen Hermann Axen und Hansen ist im Allgemeinen äußerst kritisch.

2. Ich halte es für unerlässlich, möglichst bald eine interne, geheim zu haltende Konferenz führender Journalisten unserer Partei, zusammen mit einigen Genossen Schriftstellern, die konstruktive Ideen zur Neugestaltung unserer Presse beitragen können, zu veranstalten und auf dieser Konferenz in erster Linie über die Beseitigung all der Mängel und Schwächen zu beraten, die der Massenwirksamkeit und Überzeugungskraft unserer Zeitungen im Weg stehen. Dabei sollten unbedingt auch die oben in *Teil I* angeführten Punkte erörtert werden. Die Parteiführung sollte nach dieser Konferenz und auf deren Ergebnisse gestützt, einen Beschluss über die generelle Verbesserung unserer Pressearbeit fassen.

(Im weiteren Verlauf des Textes entwickelte Harich dann erneut und in leicht überarbeiteter Form die spezifischen Pläne und Ideen, die in dem Skript *Vorschläge zur Durchführung der Kulturpolitik des neuen Kurses* abgedruckt sind. Damit verdeutlicht sich, dass es sich bei diesem Text mutmaßlich um eine Vorstudie handelt, die hier nun in leicht modifizierter Form in einen größeren Kontext integriert wurde, AH.)

gungen sowie seinen Vorlesungen, die er an der Humboldt-Universität in Berlin hielt. Gleichzeitig ging es dabei um die stärkere Berücksichtigung der Philosophie des 19. Jahrhunderts sowie der klassischen deutschen Philosophie des Idealismus im Allgemeinen und Hegels Theorien im Besonderen im Rahmen der Erbe-Pflege der DDR. Alle wichtigen Dokumente zu diesem Themenfeld präsentiert der 5. Band der *Nachgelassenen Schriften*, dort alle weiteren Informationen.

Über den Umgang mit Künstlern¹³ (Herbst 1953)

Seit einigen Monaten erklärt der Bildhauer Professor Gustav Seitz jedem, der es hören oder auch nicht hören will: »Ich hab' es hier satt, ich gehe nach dem Westen!« Aber Seitz geht nicht, er denkt gar nicht daran, genauer, er verwirft den Gedanken jedesmal wieder, sobald er ihn fasst. So rückhaltlos offen er zu äußern pflegt, was ihn verbittert, so tief ist er mit der Sache unserer Republik im Grunde verbunden. »Es würde mir entsetzlich schwer fallen, mich von euch zu trennen«, sagte er mir, »weil ihr nämlich in den großen Fragen einfach recht habt.« Er fügte hinzu: »Natürlich sind diese Fragen auch wichtiger als meine Kunst.« Ich dachte: Woran liegt es, dass ein Künstler, der so zu uns steht, die Rechtfertigung unserer Politik nur außerhalb seines Bereiches zu finden vermag, der ihn am meisten angeht, der sein ganzes Dasein erfüllt? Ich dachte weiter: Warum sagt er »ihr« und nicht »wir«, wenn er doch die großen Fragen, auf die es ankommt, in denen es um Leben und Tod unseres Volkes geht, begriffen hat? Und wenn wir in den Dingen der Ästhetik wirklich so recht haben wie im Politischen, warum haben wir es dann nicht vermocht, uns ihm verständlich zu machen?

Man erinnere sich: Gustav Seitz hatte nach 1945 eine Professur an der Westberliner Hochschule für bildende Künste inne, zugleich einen Lehrauftrag an der Technischen Universität. 1950 wurde er durch den Reuter-Magistrat von diesen Stellungen suspendiert (mit sofortigem Hausverbot), weil er die Berufung in die Deutsche Akademie der Künste angenommen und sich geweigert hatte, sein Bekenntnis zur Weltfriedensbewegung zu widerrufen und seine engen freundschaftlichen Beziehungen zum Kulturbund zu lösen. Am 31. Dezember 1950 wurde er von den Westberliner Behörden entlassen. Bald darauf siedelte er in den demokratischen Sektor von Berlin über.

Man sollte meinen, dass hier, bei uns, nun alles getan worden wäre, diesem großen deutschen Künstler, der den Kriegstreibern mutig die Stirn geboten, eine Atmosphäre zu bereiten, in der er sich hätte glücklich fühlen und seine Schaffenskraft frei entfalten können. Fragen wir, ob das geschehen ist, so muss die Antwort lauten: Nein! Ignoranten und bürokratische Kunstpäpste haben ihm – unter dem Vorwand, für den Realismus zu »kämpfen« – Dinge zugemutet, die sein Ehrgefühl verletzen und seine Arbeitsfreude lähmen mussten.

¹³ (AH) 7 Blatt, maschinenschriftlich, verschiedene Korrekturen, stillschweigend eingearbeitet, nicht datiert, vermutlich entstanden im Herbst 1953.

Freilich: Gustav Seitz hat in den vergangenen Jahren niemals Not zu leiden brauchen. Auch hat es an höchsten Ehrungen für ihn nicht gefehlt. Er empfing aus der Hand unseres Präsidenten Wilhelm Pieck¹⁴ den Nationalpreis. Er machte herrliche Reisen in die Sowjetunion und nach China, wo er, zusammen mit anderen deutschen Kulturschaffenden, von Mao Tse-tung empfangen wurde. Das alles ist wahr. Aber was bedeutet es für einen Künstler, wenn er gleichzeitig das Gefühl haben muss, dass in der Gesellschaftsordnung, zu der er sich bekennt, die Eigenart seiner schöpferischen Methode als feindlich beargwöhnt werde, wenn er gehindert wird, im Kampf der Meinungen öffentlich seine Stimme zu erheben, wenn kulturpolitische Funktionäre des Staates – desselben Staates, für den er Partei ergriffen hat – es sich herausnehmen dürfen, ihm in kleinste Einzelheiten seines Schaffensprozesses hineinzureden, ohne im Mindesten sachkundig zu sein, und wenn schließlich gar versucht wird, einzelne seiner Werke mit administrativen Methoden der Öffentlichkeit vorzuenthalten, als ob es sich um faschistisches Gift u. dgl. handelte, woran die Bevölkerung Schaden nehmen könnte!

Nennen wir einige der Schikanen, die Gustav Seitz zu Recht erbittert haben! Als vor einiger Zeit die Akademie der Künste eine Ausstellung von Plastiken Ernst Barlachs eröffnete, hielten es Kurt Magritz und Wilhelm Girnus¹⁵ für angebracht, Artikel zu veröffentlichen, in denen die Problematik im Schaffen dieses großen deutschen Bildhauers so einseitig und so verständnislos beleuchtet wurde, dass jeder, der die Kunst liebt, jeder, dem die Verbundenheit mit den kulturellen Traditionen unseres Volkes kein leeres Schlagwort ist, empört sein musste. Gustav Seitz verfasste daraufhin einen

¹⁴ (AH) Über Wilhelm Pieck und die SED schrieb Harich in seinen Erinnerungen *Abmenpass*: »Bis etwa 1950 überwiegt der Einfluss des warmherzigen, gemütvollen, brennend kunst- und theaterinteressierten und mit Sinn für Humor begabten Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck, eines alten Protegés von Rosa Luxemburg. Pieck ist zwar weniger intelligent, wendig und energisch als Ulbricht, mildert aber durch Altersgüte, Weisheit und Toleranz dessen Verbissenheit, Härte und Schärfe. In einer Westberliner (!) Theaterpremiere lernte ich Pieck kennen, der mir in der Pause Elogen über meine Kritiken macht und ausführlich erzählt, wie er, als junger Holzarbeiter, durch Franz Mehring für Literatur und Theater begeistert worden ist. Solche Unterhaltungen mit dem Alten wiederholen sich dann häufig, und als ich 1950 mit dem Schreiben für die Presse aufhöre, missbilligt Pieck das mit den Worten: »Nur der Journalist kann die Massen für die Kunst erwärmen!« Ulbricht hat das Theater kaum je besucht.« (Neuabdr. in diesem Band.)

¹⁵ (AH) Magritz und Girnus wurden von Harich und Brecht im Zuge des Arbeiteraufstandes heftig attackiert. Beide waren als hohe Kulturfunktionäre maßgeblich für die restriktiven Maßnahmen gegen Kunst und Literatur verantwortlich. Siehe vor allem Harichs Artikel in der *Berliner Zeitung*, Neuabdr. in diesem Band.

kleinen Aufsatz, in welchem er das Erbe Barlachs verteidigte und dem Banausentum unverantwortlicher Kunstkritik entgegentrat. Diesen Aufsatz zu veröffentlichen, gelang ihm nicht. Er musste also den Eindruck gewinnen, dass das Stalinsche Prinzip, wonach keine Wissenschaft ohne Freiheit der Kritiker, ohne Kampf der Meinungen sich entwickeln und gedeihen kann, für die Ästhetik und Kunstkritik in der DDR nicht gelte und durch die Autorität des Geschmacks von Magritz und Girnus ersetzt werde.

Aber es stieß Gustav Seitz noch Schlimmeres zu, seine eigene Produktion betreffend. Auf seiner Reise durch China hatte er viele Skizzen gemacht, die nach seiner Rückkehr zum Teil auch in der Presse veröffentlicht wurden und großen Anklang beim Publikum fanden. Der Aufbau-Verlag vereinigte die besten dieser Skizzen in einem zauberhaften Bilderbuch, das nach chinesischer Art gebunden wurde, und zu dem Anna Seghers ein Vorwort schrieb. Die Auslieferung des Buches wurde verhindert.

Bei der Vorbereitung der dritten deutschen Kunstausstellung in Dresden wurde es Seitz schließlich »nahegelegt«, die Büste einer Koreanerin, obwohl sie von der Jury bereits gutgeheißen war, zurückzuziehen. Als Seitz sich diesem Ansinnen nicht beugte, wurde die Büste bewusst an einem unwürdigen Ort – im Souterrain, neben der Toilette – platziert, und das Eingreifen von Minister Paul Wandel, der dies zufällig bemerkte, war nötig, um diese grobe Taktlosigkeit doch noch zu vereiteln.

Diese und ähnliche Fälle, angefangen von kleinen Nadelstichen über die Totschweigetaktik in bestimmten Presseorganen bis zu eindeutigen Unterdrückungsmaßnahmen, haben nach und nach dazu geführt, dass Gustav Seitz sich von einer Schaffenskrise bedroht fühlte und sogar an seinen Fähigkeiten als Lehrer zu zweifeln begann. Als der Reuter-Magistrat ihn entließ, hatte er sich schweren Herzens von über 300 Schülern trennen müssen, an denen er mit leidenschaftlichem pädagogischen Interesse hing. Jetzt, vor Kurzem, teilte er der Deutschen Akademie der Künste mit, er sei zu bedrückt und verwirrt, als dass er in nächster Zeit seine Meisterklasse noch unterrichten können.

Der Fall Gustav Seitz steht nicht allein da. Der Ungeist amüsischer Bürokraten, die administrative Einmischung staatlicher Stellen in Fragen der Kunst haben unbehebbar Schaden angerichtet. Sie haben die Gefahr einer Verflachung und Verödung wichtiger Bereiche des Kulturlebens in der DDR heraufbeschworen, bedeutende Künstler verärgert und in ihrer Produktivität gehemmt, üblen Karrieristen zu Möglichkeiten

fragwürdiger Betriebsamkeit verholten, widerliche Erscheinungen von Heuchelei und geheimer Renitenz großgezüchtet und den Feinden der Republik in sträflicher Weise Vorschub geleistet. Analysiert man die vielen einzelnen Fälle, die den Unwillen der Künstler – und namentlich der bildenden Künstler – erregen, so drängen sich einem die folgenden generellen Missstände auf:

1. Eine Reihe verantwortlicher kulturpolitischer Funktionäre der DDR, in erster Linie Staatssekretär Helmut Holtzhauer und Ernst Hoffmann von der Staatlichen Kunstkommission, haben keine ausreichende Kenntnis der Kunst und kein lebendiges Verhältnis zu den Problemen, die die Künstler wirklich bewegen. Aus diesem Grund sind sie ideologisch äußerst unsicher und verstehen es nicht, an sich richtige, aber sehr allgemein gehaltene, unspezifische ästhetische Prinzipien auf konkrete Probleme des Kampfes um den Realismus anzuwenden. So neigen sie dazu, kleinlich zu sein, an die Stelle objektiver Kriterien ihr willkürliches, oft kleinbürgerlich gefärbtes Geschmacksurteil zu setzen, sich in administrative Maßnahmen zu flüchten und auf solche Ratgeber hereinzufallen, die ihnen nach dem Munde reden.

2. Denselben Funktionären fehlt es an menschlich aufgeschlossener Haltung, wie sie im Umgang mit Künstlern unentbehrlich ist. Statt mit den Bildhauern, Malern, Graphikern usw. einen persönlichen Kontakt zu pflegen, halten sie mit ihnen Sitzungen, Konferenzen und Kongresse ab; statt sie zu überzeugen, dreschen sie Phrasen. Ihr Auftreten ist oft unbescheiden, in fast jedem Fall penetrant belehrend, zuweilen drohend. So brachte es Ernst Hoffmann Anfang dieses Jahres fertig, öffentlich zu erklären, dass man sich »von bestimmten Künstlern eben trennen« müsse. War dies zwar starker Tabak, aber wenigstens ein offenes, grobes Wort, so wirkten noch weit schädlicher all die Fälle, in denen »hinten herum« Kunstwerke ausgeschaltet wurden, ohne dass ihrem Schöpfer eine Begründung mitgeteilt wurde. (Dass die Staatliche Kunstkommission am Vorabend der III. Deutschen Kunstausstellung in Dresden hinter dem Rücken der Jury bestimmte Bilder entfernen ließ, ist nur das eklatanteste Beispiel eines solchen Verfahrens.)

3. Es besteht eine starke Tendenz, den Kampf um den Realismus so zu überspitzen, dass effektiv antirealistische Strömungen gefördert werden. So wird die Forderung nach getreuer Wiedergabe von Details bis zur Propagierung des Naturalismus übertrieben. So wird das Wesen des Optimismus flach und unmarxistisch aufgefasst und etwa dahingehend missverstanden, dass uns das banale Lächeln von Zahnpastareklamen einen

Auftrieb zu geben vermöchte. So werden schließlich als formalistisch nicht nur solche Richtungen wie die abstrakte Malerei, der Kubismus usw. gebrandmarkt, sondern auch viele individuelle Eigenarten der schöpferischen Methode und des Stils, die – sie mögen nun gefallen oder nicht – jedenfalls schwerlich von dem betreffenden Künstler überwunden werden können. Alle diese Überspitzungen haben dazu geführt, dass diejenigen Kulturpolitiker und Publizisten, die sich gegenwärtig als die entschiedensten Vorkämpfer des Realismus aufspielen, die überwiegende Mehrheit der Künstler nicht hinter sich, sondern gegen sich haben.

4. Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der deutschen Kunst im 20. Jahrhundert wird bei weitem nicht ernst und gründlich genug betrieben. Auf der einen Seite werden wertvolle Traditionen von nur teilweise problematischem Charakter (z. B. Barlach) allzu einseitig verneint. Auf der anderen Seite wird »vergessen«, dass es außer den dekadenten Strömungen, die in der Zeit der Weimarer Republik kulminierten (Expressionismus usw.), auch faschistische Formen der Dekadenz gegeben hat, die sich als »volksnah«, gegenständlich und optimistisch maskierten. Viele Künstler erliegen nun, subjektiv ehrlich, dem Irrtum, dass ihr Rückfall in die verbrauchten Moden der Weimarer Zeit eine Rebellion gegen die verlogene Kunst der Nazi-Ära, etwa gegen eine Bildhauerei à la Thorak, wäre. Um so verständnisloser stehen sie daher der – an sich richtigen – These gegenüber, dass ihr eigenes Schaffen von imperialistischer Ideologie infiziert sei.

Unter diesen Voraussetzungen kann die grobschlüchtige Argumentation einer Reihe von Kulturpolitikern und Kunstkritikern, die weder die konkreten Entwicklungsphasen der Kunst in der jüngsten Vergangenheit Deutschlands berücksichtigen, noch zwischen dem subjektiven Bewusstsein der Künstler und den objektiven Tendenzen der modernen Kunst mit der gebührenden Sorgfalt zu unterscheiden wissen, nicht überzeugend wirken, sondern nur Missverständnisse schaffen. Die gewissenlose Agitation unserer Feinde, die den Künstlern einzureden versuchen, dass unsere Kritik des Formalismus (die im Dienste der Wahrheit steht) mit der faschistischen Unterdrückung der sogenannten »entarteten Kunst« (um der massenwirksamen Lüge willen) identisch sei, wird damit Vorschub geleistet.

Mit alledem soll nun keineswegs einer Liquidation des Kampfes um den Realismus das Wort geredet werden. Es hieße, den neuen Kurs, der auch in der Kulturpolitik not tut, völlig missverstehen, wollte man verlangen, dass sich nun die Marxisten einer prinzi-

pienlosen Leisetreteri in all den Fragen befließigen müssten, die nicht direkt und unvermittelt mit der Alternative von Krieg oder Frieden, Tod oder Leben zusammenhängen. Dies wäre unaufrichtig und würde ebenfalls schaden. Worauf es ankommt, scheint mir vielmehr dies zu sein, dass der Kampf um den Realismus mit legitimen Mitteln geführt und auf eine neue, höhere Stufe gehoben wird. Dazu ist es, wie ich meine, erforderlich, dass den folgenden Grundsätzen Geltung verschafft wird:

1. Die Intellektuellen und namentlich die bildenden Künstler müssen es als ihre Pflicht gegenüber den werktätigen Massen ansehen, eine Überschwemmung der DDR mit abstrakter Malerei, Drahtplastiken und dergleichen snobistischem Unrat nach wie vor zu verhindern.

2. Die Kulturpolitiker, die für die Unzufriedenheit zahlloser Künstler unserer Republik Verantwortung tragen, müssen ihre gesamte bisherige Tätigkeit selbstkritisch überprüfen und vor der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen über das, was sie getan und was sie versäumt haben. Sie müssen für die Zukunft lernen, in Bezug auf ihre Bildung an sich selbst die höchsten Ansprüche zu stellen, sich nicht nur korrekt, sondern menschlich und aufgeschlossen zu verhalten, mit den Mitteln der Überzeugung zu arbeiten und jede administrative Einmischung in die schöpferischen Fragen der Kunst zu unterlassen.

3. Um die Fragen der Ästhetik muss in echtem Meinungskampf, in ehrlicher geistiger Auseinandersetzung gerungen werden, wobei dafür zu sorgen ist, dass jede Meinung gleichberechtigt vertreten werden und auf sachliche Gegenargumente Anspruch erheben kann. Nur so kann den geistigen Menschen in unserer Republik eine befriedigende Atmosphäre geschaffen werden, die der Entfaltung ihrer Produktivität einigermaßen zuträglich ist, und nur so können manche Marxisten davor bewahrt bleiben, sich bequem auf die Macht zu verlassen, zu Schwätzern zu entarten und geistig steril zu werden.

4. Es muss aufhören, dass eigenwillige Gestaltungsmethoden von Künstlern, die in der Grundtendenz ihres Schaffens durchaus gegenständlich orientiert sind, mit den extremsten Erscheinungen der modernen Dekadenz unterschiedslos in einen Topf geworfen werden. Jede Richtung, ja, jede Individualität bedarf einer ausgewogenen, konkreten Würdigung.

5. Unentbehrlich ist eine scharfe, sachliche Kritik. Aber weder darf irgendeinem Kritiker ein autoritatives Monopol in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit zugebilligt

werden, noch geht es an, dass staatliche Instanzen Kunstwerke, die eine scharfe Kritik verdient haben, sogleich aus dem Verkehr ziehen. Die Bevölkerung muss Gelegenheit haben, derartige Kunstwerke kennenzulernen und sich, zusammen mit den Kritikern, an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Nur so kann das Volk zur Kunst und können die Künstler zum Volk finden.

6. Unsere Kunstdiskussion muss von tiefer Verantwortung gegenüber unseren gesamtdeutschen Aufgaben getragen sein. Solange wir dulden, dass Ignoranten und Phrasendrescher bei uns das große Wort führen und kunstfremde Bürokraten Methoden des Administrierens und Kommandierens anwenden, lassen wir zu, dass große Teile der Intelligenz im Westen unseres Vaterlandes den Feinden der Einheit und des Friedens in die Arme getrieben und viele aufrichtige Freunde unserer Sache mutlos gemacht werden. Nur dann, wenn bei uns der Kampf um den Realismus in vorbildlich demokratischen Formen geführt wird, wenn wir bei der Veranstaltung von Ausstellungen, bei der Herausgabe von Kunstbüchern, in unseren Diskussionen usw. großzügig verfahren, kann es uns gelingen, die Mehrheit der westdeutschen Intelligenz von der Ehrlichkeit unserer Wollens zu überzeugen und für die ästhetischen Probleme, um die wir uns bemühen, zu interessieren.

Teil II

Bautzen

Bemerkungen zur philosophischen Historiographie des Marxismus. Erste Skizzierung der Grundgedanken (1963)

(AH) Aus Harichs Notizen, die er sich während seiner Zuchthaushaft ab 1963 anfertigen durfte, wurden bereits in anderen Kontexten Auszüge wiedergegeben. In Band 3 die Notizen zu dem Manuskript *Widerspruch und Widerstreit*, die Überlegungen zur *Raum-Zeit-Auffassung des Materialismus* und die ausführlichen *Randbemerkungen zum Lehrbuch Grundlagen der marxistischen Philosophie* (S. 445–536). In Band 2 außerdem Harichs Anmerkungen zu *Plechanow über Logik und Dialektik* sowie das kurze Manuskript *Nicolai Hartmann* (S. 697–783). In Band 10 schließlich die Auseinandersetzung mit Erhard Albrecht in *War Nicolai Hartmann ein Idealist?* (S. 816–866) Den beiden zuerst genannten Textkonvoluten ist jeweils eine Einleitung des Herausgebers vorangesetzt, denen alle wesentlichen Informationen auch für die im Folgenden noch ergänzend abgedruckten Notizen Harichs entnommen werden können. Präsentiert werden in diesem Teil Harichs von 1963 stammenden *Bemerkungen zur philosophischen Historiographie des Marxismus* (die ohne jede entsprechende Literatur reine Gedächtnisleistungen sind) sowie seine exzerpierende Auseinandersetzung mit Hermann Hettners *Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts* (Deutschland).

I

Die Geschichte der Philosophie ist erst sehr spät mit historischem Verständnis und in angemessener Weise dargestellt worden. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beschränkten die Historiker der Philosophie sich im Wesentlichen darauf, das Leben der großen Denker der Vergangenheit zu beschreiben und ihre Lehrmeinungen in abgekürzter, zusammengefasster Form wiederzugeben. So bot die Philosophiegeschichte das Bild einer chaotischen Anhäufung mehr oder weniger sonderbarer Ansichten über die verschiedensten allgemeinen Fragen, und ihre Beziehung zum Leben schien sich in den biographischen und oft anekdotischen Details zu erschöpfen, die über die Urheber dieser Ansicht berichtet wurden. Von Diogenes Laertius bis zu Ritter bemerkte niemand, dass zwischen der Philosophie und den gesellschaftlichen Verhältnissen irgend ein Zusammenhang bestehe.

Auch schien es unmöglich zu sein, in der zeitlichen Abfolge der philosophischen Systeme einen Fortschritt der Wahrheitsfindung zu entdecken, wie er für den Entwicklungsgang anderer Wissenschaften bezeichnend ist. Denn nicht eine Erkenntnis wurde hier der anderen hinzugefügt, nicht ein Schatz gesicherten Wissens nach und nach vermehrt und der Irrtum, als solcher durchschaut, ein für alle Mal ausgeschieden, sondern jeder Philosoph schien es darauf abgesehen zu haben, seinen Vorgänger möglichst vollständig zu widerlegen, mit dem Ergebnis, von seinem Nachfolger seinerseits

widerlegt zu werden, wobei weder ein Ende noch ein durchgehender Sinn des Ganzen zu erkennen war. Je objektiver sich ein Philosophiehistoriker zu seinem Stoff verhielt, das heißt je weniger er sich mit einem bestimmten Standpunkt identifizierte, desto mehr erhielt seine Darstellung den Charakter einer Ansammlung von Kuriositäten, die alle gleich merkwürdig seien. Nahm er aber für eine bestimmte Philosophie Partei – so schien ihm nichts übrig zu bleiben, als die anderen ausnahmslos als Irrlehren zu verdammen, vor denen zu warnen sei.

So war der Stand der Dinge, als am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Auswirkungen der Französischen Revolution und der industriellen Umwälzung in England die fortgeschrittensten Geister des Bürgertums dazu veranlassten, Sinn und Wesen der Weltgeschichte allseitig neu zu durchdenken, sich des Erbes vergangener Zeitalter bewusst zu bemächtigen und den eigenen Standort im Prozess der geschichtlichen Veränderungen zu bestimmen. In dieser Zeit hat der deutsche Idealismus, hat namentlich sein größter Vertreter Hegel, auch ein neues, tieferes Verständnis der Philosophiegeschichte gewonnen. Die wichtigste Errungenschaft, die wir Hegel in diesem Zusammenhang zu verdanken haben, liegt in der Erkenntnis, dass die Philosophie sich nicht unabhängig und isoliert von den anderen Bereichen des geschichtlichen Lebens, der Gesellschaft und ihrer Kultur entwickelt hat, sondern ein Teilaspekt der allgemeinen Weltgeschichte ist.¹

Diese Erkenntnis ist ein integrierender Bestandteil der Hegelschen Lehre vom »objektiven Geist«, mit der zum ersten Mal in der Geschichte des menschlichen Denkens das gesellschaftliche Sein als eine Realität von eigener Art und Gesetzmäßigkeit bewusst gemacht wurde – freilich auf idealistischer Grundlage, unter Verkehrung der wirklichen Abhängigkeitsverhältnisse, die zwischen den materiellen und den geistigen Faktoren des Geschichtsprozesses bestehen. Nach Hegel bildet der »objektive Geist« in jeder Epoche eine kollektive, überindividuelle Einheit, eine Totalität, ein in sich zusammenhängendes Ganzes, das jeweils von einem bestimmten geschichtlichen »Prinzip« beherrscht und durchdrungen ist. Der gleiche Geist, das gleiche »Prinzip«, das den staatlichen und gesellschaftlichen Zustand eines Volkes in einer Periode seiner Geschichte bestimmt, ja, das, bei zunehmender Verflechtung der Schicksale der Völker zu

¹ (AH) Siehe hierzu auch die nach der Haft entstandenen Manuskripte Harichs zu Hegel und zur Philosophiegeschichte (*Über Hegels Konzeption der Philosophiegeschichte und Hegels Konzeption der Philosophiegeschichte und der Marxismus*), abgedr. in Band 5, S. 247–312.

einer einheitlichen Weltgeschichte, den ganzen Weltzustand des betreffenden Zeitalters charakterisieren kann, kommt gleichermaßen auch in den herrschenden Sitten und Gebräuchen der Menschen, in ihren Gewohnheiten und Verhaltensweisen, in den Institutionen und geltenden Normen des Rechts, in der Kunst und Literatur, in der Religion und den Ideen der betreffenden Epoche zum Ausdruck. Dies alles ist ein Ganzes, so dass es isolierte Geschichten der politischen Ereignisse bzw. des Rechts, der Kunst, der Religion usw. nicht geben kann, sondern nur eine einheitliche Geschichte, die den »objektiven Geist« insgesamt und alle seine, miteinander organisch verbundenen Teile umfasst.

Zu dieser Totalität des »objektiven Geistes« gehört nun nach Hegel auch die Philosophie. In ihr findet der jeweilige Weltzustand seine vollkommenste und bewussteste Ausprägung, das »Prinzip« der Epoche nimmt in den Werken der Philosophen Form und Gestalt des Gedankens an, und der Gedanke ist das Höchste und Wertvollste, was der Geist einer Zeit als Ausdruck seines Wesens, seiner Eigentümlichkeit hervorbringen kann. In diesem Sinne ist das berühmte Wort Hegel zu verstehen: »Die Philosophie ist ihre Zeit, in Gedanken gefasst.«

Entsprechend dieser Auffassung hat Hegel zum ersten Mal die ganze Geschichte der Philosophie im Zusammenhang mit der Weltgeschichte dargestellt. Er hat – um hier nur einiges zu nennen – gezeigt, dass Anaxagoras und die Sophisten die Blütezeit der athenischen Demokratie repräsentieren, dass bei Sokrates und vor allem bei Platon mit seinen Tendenzen zur Weltflucht und seinem Utopismus die Krise der griechischen Gesellschaft und Kultur in der Zeit des peloponnesischen Krieges zum Ausdruck kommen, dass Stoizismus, Skeptizismus und »unglückliches Bewusstsein« (Christentum) der Privatisierung aller menschlichen Interessen unter der Herrschaft der römischen Cäsaren entsprechen, dass sich in der Philosophie der Aufklärung die Zersetzung des Ancien Régime widerspiegelt, dass Kant im Bereich des Gedankens eine ähnliche Revolution vollbracht hat wie gleichzeitig die Franzosen in der Wirklichkeit usw. Solche Zusammenhänge waren nie zuvor gesehen worden. Erst durch ihre Entdeckung ist die philosophische Historiographie zu einem wirklich geschichtlichen Verständnis ihres Gegenstandes gelangt.

Indessen darf man diese Errungenschaft Hegels nicht im Sinne eines historischen Relativismus missverstehen. Die Auffassung gewisser moderner, reaktionärer Ideologen – wie etwa Diltheys –, dass sich mit dem historischen »Verstehen« eines philosophischen

Systems die Frage nach dem Wahrheitsgehalt desselben erübrige, hat Hegel vollständig ferngelegen. Für Hegel ist eine philosophische Idee nicht abgetan und erledigt mit der Rolle, die sie in einer bestimmten Zeit gespielt hat. Kraft der Wahrheit, die in ihr enthalten ist, bleibt sie ein lebendiges, fortwirkendes Erbe der Menschheit, aufgehoben in der großen Kultursynthese, die der menschliche Geist in jeder Epoche, auf immer höherer Stufe seiner Entwicklung, stets aufs Neue herstellt hat.

Dies ist der tiefere Sinn der Unterscheidung, die Hegel zwischen dem »objektiven Geist« und dem »absoluten Geist« macht. Was nur dem »objektiven Geist« angehört, geht zu Grunde, so wie die Weltzustände der Geschichte – die orientalische Despotie, die antike Polis, das römische Kaiserreich, die mittelalterliche Feudalordnung, der Absolutismus des Ancien Régime – zu Grunde gegangen sind; hier lösen die welthistorischen »Prinzipien« einander ab, und keine »Gestalt« des Geistes, von der nächst folgenden verdrängt, kehrt jemals wieder. Aber auf jeder Stufe des historischen Entwicklungsprozesses enthält der »objektive Geist« auch solche Ausprägungen des »Prinzips«, die zugleich »absoluter Geist« sind, d. h. in denen der »Weltgeist«, das »Absolute«, sich selbst in zeitüberdauernder Wahrheit erfasst, dazu gehören, außer Kunst und Religion, auch – und als wichtigstes – die Gedanken der Philosophie. So darf die philosophische Historiographie, wenn sie den Intentionen Hegels folgen will, sich nicht darauf beschränken, die Zugehörigkeit eines Systems zu einem bestimmten, vergänglichen »Weltzustand«, zu einer bestimmten Entwicklungsstufe des »objektiven Geistes« nachzuweisen, sondern sie muss stets zugleich auch zeigen, welche neuen Erkenntnisse der betreffende Denker in seiner Zeit ausgesprochen hat – Erkenntnisse, die, auf Grund ihrer Wahrheit, den Wert bleibender Errungenschaften behaupten können.

Diese Konzeption ist bei Hegel unlösbar verbunden mit seiner neuen, dialektischen Fassung des Fortschrittsgedankens. Hegel betrachtet die Weltgeschichte grundsätzlich ebenso unter dem Gesichtspunkt des Fortschritts wie die Denker der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Die Kämpfe und Konflikte seiner Zeit, die die Illusionen der Aufklärer zerstört haben, sind ihm durchaus kein Anlass, in Pessimismus zu verfallen. Aber in zwei wesentlichen Punkten unterscheidet sich der Fortschrittsbegriff Hegels von dem seiner Vorgänger:

Einerseits wird Hegel den vergangenen Perioden der Geschichte besser gerecht. Er verschmäht es, die Vergangenheit an Maßstäben zu messen, die ihr fremd und äußerlich sein müssen, sie von der Höhe einer aufgeklärten Gegenwart und im Namen abstrak-